

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERK

work

Bern, Schützenmatte
**Kundgebung
für den Frieden**
2. April, 13:30 Uhr

2. April: Heraus zur Friedenskundgebung in Bern! Seite 3



Ukraine: Das Leiden im Bild

Fotograf Eddy van Wessel spricht über seine Arbeit. Seite 12

Klima: Weniger chrampfen hilft

Arbeitszeitsenkungen schützen die Gesundheit und schonen das Klima. Seite 7

Bau: Die Búezer sind parat

Die Bauarbeiter sind bereit, für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Seite 5

Wenn ein Job nicht reicht

Was Sie beachten müssen, wenn Sie mehr als einen Job haben. Seiten 20–21

Frieden jetzt!

Bau-Gewerkschafterin Anna Andreeva flüchtete aus der Ukraine in die Schweiz. Das hat sie uns zu sagen. Seiten 10–11
10 Seiten zu Putins Angriffskrieg und seinen Folgen. Seiten 3, 6, 10–18



workedito
Marie-Josée Kuhn

SPRECHENDE BILDER

37. Kriegstag: Innerhalb eines Monats wurden in der Ukraine mehr als 10 Millionen Menschen gezwungen, um ihr Leben zu rennen und ihre Häuser und Habseligkeiten zu verlassen. Mehr als 6,5 Millionen Menschen sind innerhalb der Ukraine vertrieben worden, über 3,7 Millionen Menschen mussten aus dem Land fliehen. Das vermeldet das Hochkommissariat für Flüchtlinge der Vereinten Nationen UNHCR. Und täglich werden es mehr. Heute, über einen Monat nach Kriegsbeginn, leben die Menschen in der Ukraine

Das Klavier spielt das Lied vom Tod.

in ständiger Angst. Bombardierungen zwingen sie, sich in Bunkern zu verschanzen. Wer kann diesen elenden Krieg stoppen? So fragten wir an dieser Stelle in der letzten Ausgabe. Und nicht nur das: Weil wir auf so viele brennende Fragen zu diesem Krieg noch keine befriedigenden Antworten hatten, stellten wir erst einmal Fragen. Und versprochen, bald Antworten zu liefern. Das tun wir jetzt, soweit das überhaupt geht in diesen verrückten Zeiten: in einem zehnteiligen Schwerpunkt.

ANTWORTEN. Der Journalist und langjährige UN-Korrespondent Andreas Zumach entwirft mehrere mögliche Szenarien, die, mindestens theoretisch, früher oder später zu einem Ende dieses Kriegs führen könnten. Den Hintergründen von Putins Angriffskrieg gehen gleich zwei Beiträge nach: ein Erklärungsversuch von work-Kolumnist und Ex-Unia-Co-Präsident Andreas Rieger in 5 Punkten sowie die ökonomische Analyse von Ökonom Heiner Flassbeck und Ökonomin Friederike Spiecker zur erschreckenden wirtschaftlichen Situation in den Ostländern. Eindringlich zeichnen sie nach, was für ein Desaster westliche Berater nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion dort angerichtet haben. Mit ihren währungspolitischen «Theorien» und schädlichen Privatisierungsrezepten. Unter die Haut geht auch, was uns Bau-Gewerkschafterin Anna Andreeva berichtet. In 22 Tagen floh sie mit ihrem vierjährigen Bubbe von Kiew nach Genf. Sie hat mit dem Krieg gleich zwei Heimaten verloren: Jene in der Ukraine, weil 200 Meter neben ihrem Zuhause eine Granate explodierte und ein riesiges Feuer ausbrach. Und jene in Russland, weil sie nun nicht mehr weiss, ob sie jemals wieder in ihr Geburtsland und zu ihren Eltern reisen kann. Andreeva macht klar, wie wichtig die Arbeit ist, die die Gewerkschaften gerade jetzt in der Ukraine leisten. Und wie die ukrainische Regierung Selenski den Krieg dazu missbraucht, die Rechte der Arbeitnehmenden massiv einzuschränken.

SCHWARZWEISS. Worte sind das eine, Bilder das andere. Manchmal sagen sie sogar mehr als Worte. Zum Beispiel die Bilder, die der holländische Fotograf Eddy van Wessel in der umkämpften ukrainischen Stadt Charkiw gemacht hat. In Schwarz und Weiss. Schwarzweissbilder, sagt er, würden das Licht und damit die Atmosphäre besser einfangen. Weil unser Blick nicht von Farben abgelenkt ist, sei er freier für den Kern des Geschehens. Etwa van Wessels Foto vom Mann im Bunker-Keller (Seite 17). Ganz allein harret der den Dingen, die da noch kommen mögen. Von oben her dringt Licht ins Dunkel. Ein Hoffnungsschimmer? Oder van Wessels Klavier im zerbombten Wohnzimmer mit der Blümchen-Tapete (Seite 15): Tote sind nirgends zu sehen, doch das Klavier spielt das Lied vom Tod. Fotograf van Wessel versteht sich «als visuellen Geschichtsschreiber». Aber wieso riskiert er sein Leben für seinen Job? Van Wessel hat eine Mission, wie er work verraten hat (Seite 12): Er macht diese Kriegsbilder gegen die Naivität jener, die glauben, Krieg gehe sie nichts an. Wir unterstützen ihn gerne bei dieser Mission und zeigen in diesem work neun seiner sprechenden Bilder.



LAUT UND DEUTLICH: Unia-Chefin Vania Alleva (am Mikrophon): «Frauen brauchen höhere Renten statt ein höheres Rentenalter.» FOTO: LUCAS DUBUIS

150 000 Unterschriften gegen AHV-Rentenklau!

Deutlicher geht's kaum: 150 000 Menschen haben das Referendum der Gewerkschaften und fortschrittlicher Parteien gegen den neusten Rentenklau von rechts in der AHV unterschrieben. Das sind drei Mal mehr Unterschriften, als es für ein Referendum braucht.

FRECHE RECHTE. Das zeigt einmal mehr, wie unbeliebt die unverfrorene Abbauvorlage bei der AHV-21 im Volk ist:

Obwohl Frauen nach der Pensionierung bereits heute mehr als ein Drittel weniger Geld bekommen als Männer, wollen die rechten Parteien von SVP bis GLP trotzdem auf dem Buckel der Frauen weitere Milliarden sparen. Gemessen an der AHV-Medianrente – die Hälfte aller Versicherten bekommt mehr, die Hälfte weniger –, heisst das konkret: 1200 Franken weniger pro Frau und Jahr bis ans Lebensende. Unia-Präsidentin Vania

Alleva sagte es bei der Übergabe der Unterschriften deutlich: «Frauen brauchen höhere Renten statt ein höheres Rentenalter!» Darum führen die Gewerkschaften nicht nur den Abwehrkampf gegen die Rentenklauer – sie haben auch Lösungen parat: Die Initiative für eine 13. AHV-Rente ist eingereicht. Und für die Initiative «Nationalbankgewinne für eine starke AHV» beginnt die Unterschriftensammlung bald. CLEMENS STUDER

Der bisher längste Streik in der Plattformwirtschaft Der Prix Engagement geht an die mutigen «Smooodeurs»!

Die Unia ehrt die Fahrerinnen und Fahrer vom Essenskurier Smood für ihren historischen Streik. Diese freuen sich – und work gratuliert!

CHRISTIAN EGG
Saukalt sei es gewesen auf dem Streikposten im letzten November und Dezember. Sagt Wassila Toumi aus Lausanne, Kurierin beim Essenslieferdienst Smood: «Meine zehnjährige Tochter hat mich oft begleitet. Manchmal tat sie mir schon leid.» Aber heute strahlt Toumi. Zusammen mit Kollegen hat sie soeben den Prix Engagement der Unia entgegengenommen, stellvertretend für das Kollektiv der «Smooodeurs».

Mit dem Preis zeichnet die Unia jedes Jahr Mitglieder im Dienstleistungssektor für ihren beharrlichen Einsatz aus. Für Véronique Polito von der Unia-Geschäftsleitung war der Streik einzigartig. Nicht nur, weil er ganze fünf Wochen gedauert und elf Städte erfasst hat: «Es war auch der bisher grösste Streik in der Plattformwirtschaft und einer der seltenen Streiks, in dem die Beschäftigten nicht gegen eine Massenentlassung, sondern für bessere Bedingungen kämpften.» (work berichtete mehrmals: rebrand.ly/smoostreik oder rebrand.ly/smoodfolgen.)

SMOOD SCHWEIGT

Vor dem Streik habe sie immer alleine mit Smood gestritten, sagt die 46-jährige Kurierin Toumi. Wegen Arbeitsstunden, die plötzlich verschwanden, oder wegen der mickrigen Spesen für die Lieferungen mit ihrem eigenen Auto: «Gerade mal 24 Rappen pro Kilometer, die wirklichen Kosten

MUT WIRD BELOHNT: Im Namen der «Smooodeurs» nehmen Wassila Toumi und Tiago da Silva den Prix Engagement in Empfang. FOTO: UNIA



ging eine Welle der Solidarität. Viele Kundinnen und Kunden bestellten nicht mehr bei Smood, einige Restaurants kündigten gar ihren Vertrag mit dem Lieferdienst.

DRUCK AUF CEO

Auch die Politik reagierte. Der Kanton Genf ordnete eine Schlichtung an und damit ein Ende des Streiks. In ihren Empfehlungen nahm die Schlichtungsstelle wichtige Forderungen der Fahrerinnen und Fahrer auf. Zwar weigert sich Smood, diese umzusetzen. Aber für die Firma und ihren Gründer Marc Aeschlimann (geschätztes Vermögen: 150 bis 200 Millionen Franken) wird die Luft dünner: Die Unia hat beim Genfer Arbeitsamt eine Anzeige gegen Smood eingereicht. Die Vollzugsstelle für den Gesamtarbeitsvertrag Personalverleih hat ebenfalls eine Kontrolle gestartet. Und in mehreren Regionen

«Die Leute hatten keine Ahnung, in welcher Misere wir arbeiten.»

TIAGO DA SILVA, SMOOD-FAHRER

sind zwei- bis dreimal so hoch!» Aber Smood bewegte sich nicht, antwortete meist gar nicht auf die E-Mails. Dann sei sie zu den Unia-Treffen mit den anderen Fahrerinnen und Fahrern gegangen. «Und plötzlich habe ich gemerkt: Das geht allen so. Ich bin nicht allein!»

Die Streikenden sammelten auf der Strasse Unterschriften für eine Petition. Tiago da Silva aus Sitten sagt: «Viele waren geschockt, wie wenig wir verdienen. Die hatten keine Ahnung, in welcher Misere wir arbeiten.» Die Forderungen des Kollektivs – darunter 24 Franken Stundenlohn, auch für Wartezeiten während der Schichten, sowie ein Ende von willkürlichen Strafen – wurden nun schlagartig ein Thema in der Öffentlichkeit. Schon das habe gutgetan, sagen beide. Durch die Romandie

werden Fahrerinnen und Fahrer, unterstützt von der Unia, ihre Forderungen vor Arbeitsgericht einklagen.

Fahrerin Wassila Toumi sagt: Wenn sie nach einem langen Arbeitstag für eine grosse Lieferung dreimal in den siebten Stock eines Hauses ohne Lift hinaufkeuche, dann fühle sie sich «wie auf einer Galeere», mit CEO Aeschlimann als oberstem Sklaventreiber. Toumi: «Er fordert alles von uns. Ich sage ihm: Nimm es. Aber du wirst nicht siegen.»

Bern,
Schützenmatte

Kundgebung für den Frieden

2. April,
13:30 Uhr

FOTO: SGB

Grosse Kundgebung am 2. April 2022

#FürDenFrieden alle nach Bern!

Seit einem Monat herrscht in der Ukraine Krieg. Weltweit und auch in der Schweiz sind Menschen traurig und betroffen über die Gewalt und die Not der Bevölkerung. Am 2. April organisieren Gewerkschaften und ein breites, überparteiliches Bündnis in Bern eine grosse Friedenskundgebung, zu der alle herzlich eingeladen sind.

Die Friedenskundgebung vom 2. April 2022 ist breit abgestützt. Sie ruft zum Frieden auf, verlangt Hilfe für die Betroffenen und Sanktionen gegen das Putin-Regime.

Die zentralen Anliegen der Friedenskundgebung sind:

- **FRIEDEN JETZT:** Die Schweiz soll sich aktiv einsetzen für einen sofortigen Waffenstillstand und den vollständigen Abzug der russischen Truppen. Es braucht eine internationale Untersuchung der begangenen Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen.

- **HILFE FÜR BETROFFENE:** Humanitäre Unterstützung für Flüchtende vor Ort und in den Nachbarländern, grosszügige und diskriminierungsfreie Aufnahme von Flüchtenden aus den vom Ukraine-

Krieg betroffenen Ländern in der Schweiz. Frauen brauchen zusätzliche Unterstützung, da Krieg und die damit einhergehende Vertreibung die Gefahr sexualisierter Gewalt stark erhöhen.

- **KEIN GELD FÜR PUTINS REGIME:** Harte Sanktionen gegen das Putin-Regime, rasche Verringerung der Abhängigkeit von russischem Öl und Gas.

- **FRIEDENSFÖRDERUNG AUCH IN ZUKUNFT:** Humanitäre Einsätze und eine aktive Friedenspolitik im Rahmen der OSZE und der UN-Charta stehen für uns im Zentrum.

Die grosse Friedenskundgebung findet statt am Samstag, 2. April. **Besammlung: 13.30 Uhr, Schützenmatte, Bern. Anschliessend Umzug und Schlusskundgebung mit Reden und Musik.**

Liste der unterstützenden Organisationen (Stand 30. März 2022):

Gewerkschaften: SGB, SEV-Gewerkschaft des Verkehrspersonals, Syndicom, Unia, VPOD, VPOD-NGO, Travail Suisse

Religionsgemeinschaften: Evangelisch-reformierte Kirche Schweiz, Schweizer Bischofskonferenz, Christkatholische Kirche der Schweiz, Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund (SIG, Aufruf wegen Schabbat nicht möglich), Plattform der Liberalen Juden der Schweiz (PLJS), Fédération islamischer Dachorganisationen (FIDS), Rat der Religionen

Parteien: EVP, EVP-Frauen und *jevyp Schweiz, FDP Die Liberalen und Jungfreisinnige, GRÜNE, Netzwerk Grüne Frauen und Junge Grüne, Grünliberale, GLP Frauen und Junge Grünliberale, Die Mitte, Die Mitte Frauen und Junge Mitte, SP, SP Frauen und Juso

Zivilgesellschaft: Ukrainischer Verein, Amnesty International Schweiz, Schweizerisches Arbeiterhilfswerk, Solidar, Solifonds, SWISSAID, HEKS, Alliance F, GSoA, Jungwacht Blauring Schweiz (Jubla), FriedensFrauen Weltweit (PWAG), NGO-Koordination post Beijing

Schweiz, WILPF Schweiz, Bürger:Innen-Komitee Frontex NEIN, WeCollect, cfd, Evangelische Frauen Schweiz, Feministisches Kollektiv Winterthur, Feministisches Streikkollektiv Zürich, grundrechte.ch, männer.ch, Pink Cross, Forum für Friedenskultur Ilanz, Frauen* für den Frieden, Frauenzentrale Zürich, IFOR Schweiz, NeSTU (Netzwerk Schweiz-Transkarpatien/Ukraine), Zeitschrift Neue Wege, Religiös-sozialistische Vereinigung (RESOS), Schweizerischer Friedensrat, Denknetz, LOS-Lesbenorganisation Schweiz, WOZ, Campax, Comités de soutien avec le peuple ukrainien et les opposant-e-s russes à la guerre Genève, Vaud, Fribourg, Comitato ticino contro la guerra in Ucraina e di solidarietà con la popolazione dell'Ucraina e con chi si oppone in Russia alla guerra di Putin, SeconDas Zürich, Europäische Bewegung Schweiz, Ensemble à Gauche Genève, Basisgruppen-Bewegung Schweiz, VCS, ethik22 (Institut für Sozialethik), KAB, Libereco, Theologische Bewegung für Entwicklung und Befreiung, Schweizerischer Verband für Frauenrechte, Pfadibewegung Schweiz, SAJV, Schweizerischer Katholischer Frauenbund, Milchjugend, RAZAM (Dialog Schweiz-Belarus).

WORK-SCHWERPUNKT ZU PUTINS ANGRIFFSKRIEG

- **Gewerkschafterin Anna Andreeva** musste aus der Ukraine flüchten. Das Interview **Seiten 10–11**.
- Warum es nicht nur einen **Kriegsgrund** gibt, erklärt der ehemalige Unia-Co-Präsident und **work-Kolumnist Andreas Rieger** auf **Seite 12**.
- Wie die **neoliberalen Schockpolitik** nach dem Ende der UdSSR mit der heutigen Lage zusammenhängt, erklären Ökonom **Heiner Flassbeck** und Ökonomin **Friederike Spiecker** auf den **Seiten 13–14**.
- Wie **westliche Firmen**, die Russland verlassen, mit ihren **russischen Mitarbeitenden** umgehen. **Seite 15**.
- ...und: **Aufrüstungswahn** in der Schweiz, **Streiks** als internationale **Solidarität**, **Kulturboykotte** u. v. m. in **dieser work-Ausgabe**.



Fertig, Corona! Sagt der Bundesrat

BERN. Der beste 1.-April-Scherz ist in diesem Jahr gar keiner: Ab heute ist Schluss mit Corona-Massnahmen. Wer sich dennoch infiziert, muss nicht mehr in Isolation. Und Bersets BAG kommuniziert die Fallzahlen nur noch einmal pro Woche. Was nicht sein soll, ist nicht mehr. Aus den Augen, aus dem Sinn: Was ich nicht sehe, sieht auch mich nicht. Gugguseli-dadada! Long Covid: «Hä?» – Neue Virus-Variante Deltacron: «Comment?» – Viel höhere Todeszahlen als angenommen und Schanghai wieder im strikten Lockdown: «Scusi?» Zu Redaktionsschluss dieser Ausgabe (30.3.) vermeldete das BAG 16 362 neue Coronafälle, 165 neue Hospitalisationen und eine Positivitätsrate von 33,4 Prozent. Weil sich



GEKÜDERT: Massnahmen gibt's jetzt keine mehr. FOTO: KEY

viele gar nicht mehr testen lassen, dürfte die Zahl der neuen Infektionen mindestens doppelt so hoch gewesen sein. Ah ja, fast hätten wir's vergessen: Es gab an diesem Mittwoch, 30. März, auch noch 8 Tote. Am Dienstag, 29. März, 17. Und am Montag, 28. März, 23. Es lebe die Eigenverantwortung!

Warnung: Diese Kurzmittelung enthält Spuren bitterer Ironie und ist drum mit Vorsicht zu geniessen!

Mega-Krach bei der Syna

OLTEN. Bei der Gewerkschaft Syna hängt der Haussegenschief: Die gesamte Geschäftsleitung hat vom Vorstand, der mehrheitlich aus Basismitgliedern besteht, die Kündigung erhalten. Hintergrund soll unter anderem ein Streit um Entscheidungskompetenzen sein. Die Geschäftsleitung anerkennt ihre Kündigung aber nicht und arbeitet weiter. Eingeschränkt, da ihre Passwörter gesperrt wurden. Syna-Sprecherin Flurina Hoffmann liess verlauten, es finde ein «Klärungsprozess» statt. Von einem Machtkampf will sie hingegen nicht sprechen.

Mehr Lohn für Maler und Gipser

BERN. Rund 15 000 Arbeitende im Maler-Gipser-Gewerbe profitieren von mehr Lohn. Dank dem neuen Gesamtarbeitsvertrag, den die Gewerkschaften Unia und Syna mit dem Maler-Gipser-Verband abgeschlossen haben. Bis 2025 gibt es schrittweise insgesamt 150 Franken mehr Lohn, und die Mindestlöhne werden total um 75 bzw. 100 Franken verbessert. Zudem werden die Arbeitsbedingungen familienfreundlicher. Als erste Branche auf dem Bau regelt der neue GAV die Teilzeitarbeit und verbessert so die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Arbeit auf Abruf wird künftig verboten.

Wer in diesem Land die Arbeit macht

CLEMENS STUDER

Mutige Pfarrer bringen in der Weihnachtsmesse gerne ein bisschen Unruhe ins Fondue-chinoise-selige Kirchenschiff: Sie predigen dann vom «heruntergekommenen Gott» und was dieser der jeweils aktuellen Durcheinander-Welt zu sagen hätte. Der Illustrator und Fotomonteur Daniel Lienhard hat sich jetzt nicht das himmlische Top-Personal vorgenommen, sondern quasi das mittlere Management. Die Heiligen, die er an heutige Arbeitsplätze setzt (auf dieser Seite die heilige Katharina an der Supermarktkasse). Und Künstler Lienhard tut das als im reformierten Zürich sozialisierter Protestant. Er sagte in seiner Rede zur Online-Vernissage in den Räumen der Zürcher Predigerkirche (rebrand.ly/vernissage): «Da habe ich gelernt: Das Wort muss reichen, es braucht keinen weiteren Firlefanz. Darum beneidete ich die Katholiken schon als Kind um mindestens drei Dinge: erstens um das Brimborium im allgemeinen, zweitens um die Heiligen im besonderen und drittens um die magischen hellen Glöcklein bei der Wandlung, mit denen Ministranten, so alt wie ich, in der richtigen Messe hantieren durften!» Und die Heiligen liessen Lienhard nicht mehr los.

Weiter geht's auf Seite 8



Die Aufrüstungspläne in Milliardenhöhe werden immer wilder

Amherd ausser Rand und Band

Rechte und bürgerliche Parteien wollen Milliarden von der Bildung in die Armee umleiten. Allen voran Armee-Ministerin Viola Amherd.

CLEMENS STUDER

VBS-Ministerin Viola Amherd (Mitte) verliert wegen des russischen Überfalls auf die Ukraine zunehmend den Kompass. Zuerst forderte sie die Initiantinnen und Initianten der Stop-F-35-Initiative auf, die (gut laufende) Unterschriftensammlung gefälligst zu stoppen. Ohne Erfolg. Dann wollte sie den Zugang zu staatlichen russischen Medien verhindern beziehungsweise erschweren. Ohne Erfolg. Sie drang damit im Bundesrat nicht durch, trotz Flankenschutz von Medienministerin Simonetta Sommaruga (SP). Zum Glück: Denn Verbote von «feindlichen Medien» sind ein Mittel diktatorischer und autokratischer Regimes, aber keines von selbstbewussten Demokratien. Die halten Kriegspropaganda und Corona-Lügereien aus. Mehr Glück hat Amherd dafür mit ihren Aufrüstungsphantasien.

MILLIARDEN RAUSHAUEN

Es läuft ein Wettkampf im munteren Milliarden-Raushauen. Der neueste Streich: Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates nimmt die Forderung auf, jährlich 2 Milliarden

Das VBS weiss nicht, was mit dem Geld machen.

dabei wieder die angeblich «nur» 0,8 Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP), das die Schweiz in die militärische Verteidigung steckt. Diese Zahl ist gleich mehrfach falsch. Es fehlen da zum Beispiel die Kosten für die Armee, die von den Kantonen und Gemeinden getragen werden müssen. Ebenfalls nicht berücksichtigt sind die Ausgaben für die Militärversicherung, für den staatlich garantierten Erwerbsersatz sowie die Lohnfortzahlungen der Arbeitgeber für Dienstpflichtige (siehe auch «1x1 der Wirtschaft auf Seite 19»). Realistischerweise liegen die Armeeausgaben bereits heute bei 1,2 BIP-Prozent. Die Schweiz ist also schon jetzt hochgerüstet.

Übrigens: Woher die 2 zusätzlichen Milliarden Jahr für Jahr kommen sollen, ist der rüstigen rechten Mehrheit der Kommission wurst (siehe Artikel unten).

ZUFALLSMEHR

Auch bei der Durchzwängerei des atomwaffenfähigen Tarnkappenjets F-35 erhält Amherd weiter



STRAMM, ABER PLANLOS: Armee-Ministerin Viola Amherd, flankiert vom Armee-Chef Thomas Süssli (links) und vom Rüstungschef Martin Sonderegger. FOTO: KEYSTONE

Unterstützung von rechten Parlamentarierinnen und Parlamentariern. Sie planen, das umstrittene Geschäft durchzupeitschen, ohne einen Volksentscheid abzuwarten. Und beziehen sich dabei auf das Zufallsmehr von 8670 Stimmen (bei 3 202 730 abgegebenen), mit dem das Stimmvolk Ja sagte zu neuen Kampfflugzeugen – ohne sich zum Typ äussern zu dürfen. Ob das Resultat auch so ausgefallen wäre, hätte der Typenentscheid schon vorgelegen, ist mehr als fraglich. Denn die Wahl eines atomwaffenfähigen, von den USA fernsteuerbaren Tarnkappenjets wirft immer neue Fragen auf.

Diese sind so gravierend, dass sich derzeit gleich zwei Gremien darüber beugen: Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates überprüft die Rechtmässigkeit der Vergabe, und

die Eidgenössische Finanzkontrolle untersucht die finanziellen Risiken der Beschaffung. Noch keine offizielle Untersuchung läuft dagegen zu den Angriffskriegszenarien, die von den VBS-Beschaffern ausgearbeitet wurden: Zwei von drei spielten im Ausland, darunter «Präventivschläge» auf tschechischem Gebiet – fast 400 Kilometer von der Schweizer Grenze entfernt.

GELD WOFÜR?

So einig sich die vereinigten Aufrüstungsfans in Sachen Mehr-Milliarden sind, so uneinig sind sie sich, wie diese ausgegeben werden sollen: Mehr Panzer oder mehr Schutzwesten? Mehr Dienstverpflichtete oder endlich eine funktionierende Informatik? Boden-Luft-Raketen für kurze, mittlere oder längere Distanzen? Die

F-35 STOPPEN!

Bereits sind rund 90 000 Unterschriften gegen den US-Tarnkappenjet beisammen. Wer noch nicht unterschrieben hat, kann das hier nachholen: www.stop-f-35.ch.

Wünsche sind unterschiedlich, die Diskussionen bereits jetzt heftig. Und das ist auch nicht weiter erstaunlich. Denn auch die Armee selbst weiss gar nicht, was sie mit dem zusätzlichen Geld machen will – ausser halt ausgeben. Doch selbst das klappt beim VBS erfahrungs- und eingeständenermassen nur selten pannenfrei (work berichtete hier: rebrand.ly/rückwärts-inden-kalten-krieg).

Aufrüstungsorgie: Woher das Geld nehmen?

Eines muss man SVP-Nationalrat Mauro Tuena lassen – er erweckt gar nicht den Anschein, als hätte sich die bürgerliche Mehrheit der Sicherheitspolitischen Kommission

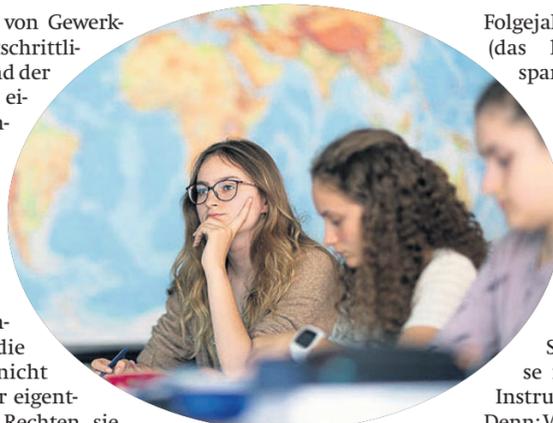
Die zusätzlichen Militär-Milliarden könnten nur bei der Bildung abgezackt werden.

(SiK) Gedanken darüber gemacht, woher sie die 2 Milliarden Franken pro Jahr für Waffen & Co. nehmen will, die sie jetzt zusätzlich fordert (siehe Artikel oben). Der SiK-Präsident sagte nach dem Aufrüstungsentscheid: «Es ist Sache der Finanzkommission, die Gelder gerecht zu verteilen, so dass aber die Landesverteidigung diese 7 Milliarden Franken zugute hat.» Ganz so wie der vierjährige Prinz, dem das Familienbudget auch egal ist, wenn es um das Velöli mit den leuchtenden Rädli geht.

«SCHULDENBREMSE». Dabei ist die Sache beim Bundesbudget noch ein bisschen verzwickter – als Folge von jahrzehntelanger bürgerlicher Finanz- und Steuerpolitik. Im Dezember 2001 drückten die rechten Parteien die sogenannte Schuldenbremse gegen

die Empfehlung von Gewerkschaften und fortschrittlichen Parteien (und der Tessiner Lega) in einer Volksabstimmung durch. 2003 trat diese in Kraft. Damit sollen – so das Versprechen – die Ausgaben des Bundes während eines Konjunkturzyklus die Einnahmen nicht übersteigen. Aber eigentlich setzen die Rechten sie jetzt gegen linke soziale und ökologische Anliegen ein.

Sehr vereinfacht, funktioniert das so: Bürgerliche Finanzminister «verschätzen» sich konsequent bei den Einnahmen nach unten und bei den Ausgaben nach oben. Wenn dann die Rechnungen vorliegen, werden die sogenannten ausserordentlichen Einnahmen aus den ordentlichen Einnahmen rausgekürzt und zum Schuldenabbau verwendet. Höhere Ausgaben dagegen müssen in den



EINFACHE GLEICHUNG: Mehr Armee heisst weniger Bildung. FOTO: KEYSTONE

Folgejahren abgebaut (das heisst: eingespart) werden.

«GEBUNDEN». Das ideologische Ziel der Neoliberalen ist ein ausgehungertes, schwacher Staat. Die Schuldenbremse ist eines ihrer Instrumente dazu. Denn: Werden Einnahmen stets unterprognostiziert, Ausgaben aber stets überprognostiziert, steht für

das Gemeinwohl tendenziell immer weniger Geld zur Verfügung. Auch weil die bürgerliche Mehrheitspolitik gleichzeitig grosszügig Steuergeschenke an Grosskonzerne und Bestverdienende verteilt.

Das politische Gegenmittel dazu besteht in der Schaffung von sogenannten gebundenen Ausgaben. Das heisst, staatlichen Auf-

gaben werden Budgetgrössen auf Gesetzes- oder Verfassungsebenen zugestanden. Damit waren fortschrittliche und ökologische Kräfte mit schlauer Bündnispolitik immer mal wieder erfolgreich. Die «gebundenen Ausgaben» machen unterdessen knapp zwei Drittel des Bundesbudgets aus. So kann die rechte Parlamentsmehrheit nicht nach Lust und Laune streichen. Etwa bei Investitionen in den öffentlichen Verkehr, bei Prämienverbilligungen, bei Ergänzungsleistungen oder bei der Beteiligung an der AHV.

DREI BLÖCKE. «Ungebunden» bleiben im wesentlichen drei grosse Blöcke: Armee, Landwirtschaft und Bildung. Bekäme die Armee nun mehr Geld, würden die anderen Bereiche weniger erhalten. Erfahrungsgemäss sind bei der Landwirtschaft Kürzungen politisch faktisch unmöglich. Bleibt also nur die Bildung, bei der die zusätzlichen Militär-Milliarden abgezackt werden könnten.

Auf den realpolitischen Punkt gebracht: Kommen die Aufrüsterinnen und Aufrüster im Parlament durch, heisst das: Immer weniger junge Frauen und Männer können das Pulver erfinden. Dafür könnten sie dieses dann im verlängerten Militärdienst chlöpfen lassen, dass es kracht. CLEMENS STUDER



ARBEITSMEDIZINERIN BRIGITTA DANUSER: «Eine Entlastung resultiert, wenn in weniger Zeit nicht mehr als zuvor gearbeitet werden muss.» FOTO: -LE TEMPS-

Aktionstag Arbeitszeitverkürzung Mehr Zeit zum Leben!

Die Unia ist mit dabei am kommenden Aktionstag der Allianz Strike for Future. «Weniger arbeiten!» Das ist das Motto des Aktionstags, den die Klimabewegung und die Gewerkschaften für Samstag, 9. April, ausgerufen haben. Es braucht eine massive Arbeitszeitreduktion bei vollem Lohnausgleich für untere und mittlere Einkommen – dies forderte die Unia-Delegiertenversammlung bereits letzten Dezember in einer Resolution. Die Reduktion der Arbeitsstunden trägt zudem zur Lösung anderer ge-



MEHR ZEIT! Installation «Zeitfeld» des Künstlers Klaus Rinke in Düsseldorf. FOTO: GETTY

sellschaftlicher Probleme bei: zu einer gerechteren Verteilung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit zwischen den Geschlechtern, zu weniger gesundheitsschädigendem Stress sowie zu weniger Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit.

WENIGER PENDELN. Eine Arbeitszeitreduktion ist auch gut für das Klima: Wenn weniger gearbeitet wird, dann werden auch weniger Ressourcen verbraucht, und die Emissionen sinken. Weil Menschen zum Beispiel nicht mehr jeden Tag pendeln müssen und weniger produziert wird.

LANDESWEITE AKTIONEN. Im ganzen Land finden Demonstrationen, Aktionen und Veranstaltungen zum Thema statt, so in Bern um 17 Uhr eine Demo auf dem Bundesplatz oder in Zürich eine Demo um 15 Uhr auf dem Münsterplatz. Eine Übersicht gibt die Unia-Website www.unia.ch/St4F.



Arbeitszeit reduzieren – für eine lebenswerte Zukunft!

Strike for Future: Am Aktionstag vom 9. April fordern wir eine massive Arbeitszeitverkürzung und setzen ein Zeichen für die Gesundheit der Menschen und eine intakte Umwelt! Denn es nützt dem Klima, wenn wir unsere Arbeitszeit reduzieren!
www.unia.ch/St4F

Arbeitszeitverkürzung: Medizinerin Danuser zu überlangen Arbeitstagen

«Zehn-Stunden-Tage auf Dauer machen krank»

In der Schweiz arbeiten wir europaweit am längsten. Jetzt drohen mit den Angriffen der Bürgerlichen auf das Arbeitsgesetz sogar 16-Stunden-Tage. Für Arbeitsmedizinerin Brigitta Danuser sind das schlechte Vorschläge.

RALPH HUG

work: Je länger die Arbeitszeit, desto mehr macht sie krank. Stimmt diese Gleichung?

Brigitta Danuser: Ab 45 Stunden pro Woche lässt sich statistisch ein Effekt für höhere Krankheitsrisiken feststellen. Gewisse Studien zeigen solche Schwellen schon bei 38 bis 40 Stunden. Es macht den Körper viel mehr fertig, wenn Sie vier Tage mit zehn Stunden arbeiten anstatt fünf Tage mit acht

«Bei mehr als acht Stunden steigen die Fehler enorm an.»

Stunden. Bei mehr als acht Stunden steigen die Fehler enorm an. Bei zwölf Stunden sind wir dann bei einer Verdoppelung.

Bei den jüngsten Angriffen der bürgerlichen Parteien auf das Arbeitsgesetz drohen sogar 16-Stunden-Tage und 67-Stunden-Wochen...

Diese Vorschläge sind schlecht, weil sie zu intensiven Arbeitsphasen führen. Studien zeigen, dass es sehr darauf an-

kommt, ob man länger als zehn Stunden pro Tag arbeitet. Wer das fünfzig Tage im Jahr macht, hat ein viel grösseres Risiko, krank zu werden. Dies wäre gerade bei diesen Vorschlägen der Fall.

Wir erleben überall eine Intensivierung und Verdichtung der Arbeit. Gibt es eine Grenze für «gesunde» Arbeit?

In fast allen Jobs fand eine Intensivierung statt. Die meisten Menschen leisten heute in der gleichen Arbeitszeit mehr als früher. Dabei muss man aber nicht nur die bezahlte, sondern auch die unbezahlte Arbeit in Betracht ziehen. Kinder aufziehen, Pflege- und Familienarbeit bleiben ebenso unberücksichtigt wie die Arbeit, die vermehrt auf die Kundinnen und Kunden verlagert wird, etwa Selfscanning im Supermarkt. Ich nenne das «graue Arbeit».

Nehmen die jobbedingten Krankheiten generell zu?

Die von der Suva anerkannten, klassischen arbeitsmedizinischen Krankheiten sind rückläufig. Es gibt bei uns noch etwa 2000 bis 3000 Fälle pro Jahr. Hingegen nehmen Krankheiten wie Stress oder psychische Probleme eindeutig zu, auch solche mit negativen Folgen für Muskeln und Skelett.

Muss also die Suva-Liste für Berufskrankheiten erweitert werden?

Ja, Stress und Burnout sind in diesen Definitionen nicht enthalten. Stress ist an sich ja noch keine Krankheit. Aber wenn er zu psychischen Erkrankungen führt, muss dies berücksichtigt werden. In anderen Ländern wird dies bereits gemacht. Unser Suva-Katalog müsste offener sein.

Gibt es Berufe, in denen das Krankheitsrisiko besonders hoch ist?

Eine Liste dazu gibt es nicht. Aber man kann sagen, dass die psychischen Belastungen in den Dienstleistungsberufen besonders hoch sind. In der Produktion sind es eher physische Belastungen. Mit der Ausbreitung des Dienstleistungssektors haben die psychischen Erkrankungen klar zugenommen.

Ein spezielles Problem ist die Erwartung von ständiger Erreichbarkeit, etwa durch E-Mails. Brauchen wir eine gesetzliche E-Mail-Beschränkung wie in Frankreich?

Die erste Firma, die solche Beschränkungen erliess, war VW in Deutschland. Wer das Betriebsgelände verlässt, muss keine E-Mails mehr beantworten. Das macht Sinn. Die Vermischung von privat und Beruf ist ohnehin schon ungeheuer gross. Ob eine solche Beschränkung entlastend wirkt, ist jedoch unklar. Es fehlen dazu Studien.

In der Plattformökonomie etabliert sich eine Totalüberwachung der Arbeitnehmenden. Breitet sich diese Entwicklung aus?

Ich würde das nicht auf Plattformen reduzieren. Denken Sie etwa an Call-Center. Es hat diesbezüglich schon seit Jahren ein riesiger Schub stattgefunden, auch in der intellektuellen und kreativen Arbeit, die lange als eher frei galt.

Viele fordern eine Verkürzung der Arbeitszeit, Stichwort Vier-Tage-Woche. Ergibt das Sinn?

Wenn es darauf hinausläuft, dass man einfach in vier Tagen das machen muss, was vorher in fünf, so ist eine Verkürzung arbeitsmedizinisch unsin-

Brigitta Danuser: Preisgekrönte Forscherin

Brigitta Danuser (67) ist emeritierte Professorin für Arbeitsmedizin an der Universität Lausanne. Von 2005 bis 2015 leitete sie das Institut de Santé au Travail. Sie richtete dort auch eine Stress-Sprechstunde für Arbeitnehmende ein. Für ihre Forschungen zur Gesundheit am Arbeitsplatz erhielt sie zahlreiche Preise. Sie engagiert sich im gewerkschaftlichen Bündnis gegen Stress und Gratisarbeit gegen die von Bürgerlichen angestrebte Aufweichung des Arbeitsgesetzes. (rh)

nig. Eine Entlastung resultiert, wenn in weniger Zeit nicht mehr als zuvor gearbeitet werden muss. Gerade für Frauen ergäbe sich eine Entlastung. In Frankreich hat die 36-Stunden-Woche keine Erleichterung gebracht. Das Regime, das umgesetzt wurde, hat teilweise zu mehr Stress geführt. Hier ein gutes Modell zu entwickeln ist nicht einfach. Wichtig sind dabei Kriterien, ob ich Gestaltungsmöglichkeiten habe und die Arbeitszeit und Pausen selber bestimmen kann.

Braucht es nicht eine spezielle Behörde, die sich um die Gesundheit am Arbeitsplatz kümmert?

Das ist die Aufgabe der kantonalen Arbeitsinspektorate. Sie müssen in den Betrieben nebst Sicherheits- auch Gesundheitsaspekte kontrollieren. Doch sie sind unterdotiert, und nur gerade in zwei Inspektoren, in Genf und Neuenburg, gibt es Arbeitsmediziner. Das müsste sich schon längst ändern.

...Fortsetzung von Seite 4

Wer in diesem Land die Arbeit macht

Bereits als Jugendlicher hatte Fotokünstler Daniel Lienhard auf Reisen immer ein Heiligenlexikon mit im Rucksack. Er sagt zu seiner damaligen Faszination: «Es war eine pubertär-romantische. Ich dachte damals, es müsste ja nicht gleich mit dem Märtyrertod enden. Aber eine Light-Variante davon schien mit schon sehr attraktiv.» Heute sieht er es so: «Vielleicht hatte ich als Reformierter den Vorteil, dass ich mich den Heiligen völlig frei und unbelastet nähern konnte. Und so sind sie für mich bis heute eine sympathische Truppe, bei der ich gerne zu Besuch bin.» Seine Auseinandersetzung mit der ausbeuterischen Arbeitswelt warf Lienhard dann irgendwann auf die Heiligen zurück. Und er holte sie nach vorne in die Gegenwart: auf dieser Seite den heiligen Benedikt von Palermo, der frühmorgens unser Glühder abholt. Da gibt es aber zum Beispiel auch noch die Muttergottes. Sie sitzt mit dem Jesuskind samt Kinderwagen müde in der S-Bahn. Und der heilige Laurentius ist mit dem Vierzigötter zwischen Rotterdam und Triest unterwegs. Drei Wochen am Stück, dann kann er für eine Woche zu seiner Familie nach Rumänien.

Weiter geht's auf Seite 16



Jetzt packen die Luzerner Spitex-Mitarbeiterinnen aus:

«Die Chefinnen haben uns schikaniert»



EXODUS: (v.l.) Martina Sidler, Selina Bolliger, Tiziana Schmid sind 3 der 30 Pflegenden, die die Luzerner Spitex MBS in den letzten zwei Jahren verlassen haben. In einem Betrieb von 40 Mitarbeitenden! FOTO: PETER LAUTH

Barsche Kommandos, kleinliche Kontrollen und Änderungskündigungen: In der Luzerner Spitex MBS regiert das Misstrauen statt der Anstand.

CHRISTIAN EGG

Im Februar hatte Spitex-Pflegerin Tiziana Schmid genug: «Sucht euch einen anderen Trottel!» sagte sie und kündigte. Und sie ist nicht die einzige: In den letzten zwei Jahren haben fast 30 Pflegerinnen entnervt aufgegeben oder wurden entlassen. In einem Betrieb mit rund 40 Mitarbeitenden!

Die Spitex MBS betreut im Auftrag der Luzerner Gemeinden Beromünster, Büron, Rickenbach und Schlierbach Pflegebedürftige zu Hause.

«Ich bin doch nicht der Gango von den Büroleuten!»

PFLEGERIN MARTINA SIDLER

wird rasch klar, weshalb so viele den Betrieb verlassen haben. Tiziana Schmid sagt: «Die Chefinnen behandeln uns ohne jeden Respekt.»

PERMANENTES MISSTRAUEN

Pflegerin Schmid, die seit acht Jahren im Betrieb ist, gibt ein Beispiel: Jahrelang hätten alle ihre Kaffeetassen selber abgewaschen. Plötzlich kam die Weisung, dass die letzte Person, die den Spitex-Stützpunkt verlässt, alle Tassen des Tages abwaschen solle. Und das sei immer eine Pflegerin. Das Büropersonal gehe früher – und wasche seither seine Tassen nicht mehr ab. Schmid: «Ich bin doch nicht der Gango von den Büroleuten!»

Die Pflegerin Selina Bolliger hat genug vom permanenten Misstrauen seitens der Führungscrew. Die Leiterin Pflegedienst gebe immer wieder detaillierte Anweisungen, etwa dass die Pflegerin jetzt den Hausarzt der Klientin anrufen solle und nicht etwa ein E-Mail schreiben.

«Wir sind doch nicht doof», nervt sich Bolliger. «Wir haben alle eine Ausbildung und Erfahrung.» Aber die Leiterin sei ein Kontrollfreak, sagt sie und seufzt. Sie hat letzte Woche gekündigt.

TREFFEN OHNE ERGEBNIS

Zu viele Kontrollen hat auch Martina Sidler erlebt, eine weitere Pflegerin. Eines Morgens war sie krank und meldete sich ab. Da rief die Leiterin Pflegedienst an und wies sie an, in Menziken einen Coronatest machen zu lassen. Pflegerin Sidler wollte aber ins Testzentrum in Nottwil, das kannte sie schon. «Da sagte sie mir in barschem Ton: Martina, wenn ich dir sage, du musst nach Menziken, dann gehst du nach Menziken!»

Kaum war der Test gemacht, klingelte das Handy schon wieder. Wann sie denn das Resultat bekomme, wollte die Vorgesetzte von der kranken Sidler wissen. «Am Samstag, sagte ich ihr. Und sie im Befehlston: Also, dann erwarte ich am Samstagnachmittag ein Telefon von dir!»

Auf work-Anfrage schreibt die Geschäftsführerin der Spitex MBS: Es sei «möglich», dass unter dem Druck der Pandemie «der Tonfall auch mal strenger war, was auf jeden Fall unbeabsichtigt war». Und weiter: Ein angenehmes Arbeitsklima sei dem Betrieb «ein grosses Anliegen. Dieses Thema nehmen wir auf jeden Fall aktiv auf.»

Allerdings sagen die Spitex-Frauen, sie hätten die Probleme mehrfach angesprochen, ohne dass etwas passiert sei. Im vergangenen Mai wandten sie sich an die Unia. Die überzeugte die Spitex-Führung und die vier Gemeinden von einem gemeinsamen Treffen. Es endete ohne Ergebnis.

PFLEGERIN SOLL BÜROS PUTZEN

Delegierte der Mitarbeitenden an dem Treffen waren Martina Sidler und Selina Bolliger. Wenige Wochen später legt die Chefin Sidler eine Änderungskündigung vor: Ihr Pensum soll von 80 auf 60 Prozent reduziert werden. Und die Fachfrau Gesundheit solle fortan zweimal pro Woche die Büros der Spitex putzen, als Teil ihrer

Spitex-Petition: Viel Solidarität

Die Spitex-Mitarbeiterinnen appellieren an die Solidarität der Bevölkerung in den vier Luzerner Gemeinden: Am 22. März haben sie, unterstützt von der Unia, eine Petition lanciert. Diese fordert die Spitex MBS und die vier Trärgemeinden zum Dialog auf.

DIALOG. Die Spitex-Chefin Daniela Hunziker schreibt auf work-Anfrage, man sei «selbstverständlich» an einem Dialog interessiert. Die vier Gemeinden sehen dagegen die «Personalverantwortung» bei der Spitex MBS.

In der Bevölkerung erfahren die Pflegerinnen jedenfalls viel Unterstützung: Bis Redaktionsschluss haben 500 Personen die Petition unterzeichnet. (che)

Arbeit. Offiziell soll beides dazu dienen, ihre Minusstunden abzubauen. Aber für Sidler ist klar: «Das war Schikane. Die wollten mich los werden.» Sie unterschrieb nicht. Ende April 2022 endet ihr Arbeitsverhältnis. Roberto Lotz von der Unia Zentralschweiz: «Eine Delegierte so unter Druck zu setzen ist inakzeptabel!» Die Spitex-Chefin sieht darin kein Problem: «Eine Fachfrau Gesundheit kann auch einmal beauftragt werden, Aufgaben der Hauswirtschaft zu übernehmen.»

Eine Änderungskündigung kassiert auch Conny G. Im Mai 2020 steigt sie in der Spitex MBS als Leiterin Administration ein. Nach einem halben Jahr wurde sie befördert, bekam eine Lohnerhöhung. «Dann habe ich angefangen, einige Sachen zu hinterfragen.» Worauf die Änderungskündigung erfolgt: Fortan sollte sie die Buchhaltung erledigen, ohne Kaderfunktion – und dazu noch weniger Lohn erhalten, als sie ursprünglich hatte. Sie lehnte ab.

Jetzt wehren sich die Spitex-Frauen mit einer Petition (siehe Kasten oben). Und das tut gut, sagt Pflegerin Selina Bolliger: «Die Treffen mit der Unia haben uns zusammenschweisst!»



la suisse existe
Jean Ziegler

HUNGER

Ich liebe die arabische Sprache. Sie erschafft Bilder, die mir nicht aus dem Sinn gehen. Die Mutter meines Sohnes ist Ägypterin. Ich erinnere mich an Ferientage im Herzen der Altstadt Kairos, am Platz Suleiman Pascha. Mit

Schreckliche Hungersnöte drohen in den ärmsten Ländern, die von Getreideimporten aus der Ukraine abhängen.

den ersten Sonnenstrahlen des neuen Tages kamen die Bäckergesellen in die Hinterhöfe – Kinder zwischen 12 und 15 Jahren. Sie schleppten schwere Holzkarren, auf denen Fladenbrote in kunstvollen Pyramiden aufgeschichtet waren. «Aicha, Aicha!» riefen sie. «Aicha» heisst das Fladenbrot. Aber gleichzeitig bedeutet das Wort: «Leben».

RUSSLANDS VERNICHTUNGSKRIEG. Der fürchterliche Vernichtungskrieg, den Wladimir Putin gegen ukrainische Kinder, Männer und Frauen führt, bedroht ganz direkt das Leben von Millionen in Entwicklungsländern. Die Ukraine, Russland und Kanada sind die drei wichtigsten Getreideproduzenten der Welt. Die Schwarzmeerhäfen der Ukraine sind von russischen Kriegsschiffen blockiert. Ein Export ist nicht mehr möglich. Der russische Krieg zerstört die ukrainische Landwirtschaft. Die Bauern können das Land nicht bestellen. Eine Getreideernte im September wird es nicht geben. Schreckliche Hungersnöte drohen in den ärmsten Ländern, die von ukrainischen Getreideimporten abhängen.

Zum Beispiel in Ägypten, dem grössten Getreideimporteur der Welt. Ägypten importierte vor dem Krieg jährlich rund 12 Millionen Tonnen, 65 Prozent davon aus der Ukraine. Das Grundnahrungsmittel, dessen Preis zu drei Vierteln vom Staat subventioniert wird, ist das Fladenbrot. Ägypten hat gegenwärtig Vorräte für vier Monate. Dann werden die Getreidepreise explodieren, und der Staat wird sie nicht mehr bezahlen können. Wie 2011 werden Hungeraufstände aufflackern, und diesmal werden Sonderkredite der Weltbank nicht ausreichen. Andere Beispiele: Tunesien importiert 84 Prozent seines Weizenbedarfs und 60 Prozent seines Bedarfs an Roggen mehrheitlich aus der Ukraine. Tunesien ist besonders bedroht, weil es nur über geringe Lagerkapazitäten verfügt. Seine Vorräte reichen für knapp einen Monat. Oder Algerien: Es importiert pro Jahr rund 7,7 Millionen Tonnen Getreide, zu 75 Prozent aus der Ukraine.

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Uno (FAO) veröffentlichte vor wenigen Tagen eine Gesamtschätzung. Danach importierten im letzten Jahr 45 Länder aus Afrika und dem Mittleren Osten jeweils mindestens einen Drittel ihres benötigten Getreides aus der Ukraine.

«**TSUNAMIS DER HUNGERSNÖTE.**» In den Kellern der ukrainischen Städte verhungern die Menschen. Sie sind die Vorboten der «Tsunamis der Hungersnöte», die Uno-Generalsekretär António Guterres am 22. März voraussagte.

Wo ist Hoffnung? Bei der Welthungerhilfe (WFP) der Uno. Sie ist allerdings abhängig von den Beiträgen der reichen Staaten. Wir alle sind verantwortlich dafür, dass die Beiträge unserer Regierungen und damit die Rettung vieler Millionen vom Hungertod bedrohter Menschen sofort massiv erhöht werden.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein im letzten Jahr im Verlag Bertelsmann (München) erschienen Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam jetzt als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.

Bau-Gewerkschafterin **Anna Andreeva** (40) über ihre Flucht nach Genf

«Unterwegs war die Hölle los!»



GEWERKSCHAFTERIN ANNA ANDREEVA: «Innerhalb eines Tages habe ich zwei Heimaten verloren. Jene in Kiew in der Ukraine und jene in Russland. Weil ich nicht weiss, ob ich jemals wieder in mein Geburtsland reisen kann.» FOTO: OLIVIER VOGELSAJG / L'ÉVÈNEMENT.

Nach 22 Tagen Flucht ist Anna Andreeva* in Genf angekommen. Geholfen hat ihr die BWI, die Bau- und Holzarbeiter Internationale. Nun verrät die Russin aus Kiew, was sie von Wladimir Putin und Wolodimir Selenski hält.

JONAS KOMPOSCH

work: Frau Andreeva, Sie sind Russin und mussten vor russischen Bomben fliehen. Wie ist das für Sie?

Anna Andreeva: Es stimmt mich traurig. Innerhalb eines Tages habe ich zwei Heimaten verloren. Jene in Kiew in der Ukraine, weil 200 Meter neben unserem Zuhause eine Granate explodierte und ein riesiges Feuer ausbrach. Und jene in Russland, weil ich nicht weiss, ob ich jemals wieder in mein Geburtsland reisen kann. Und ob ich meine Eltern in St. Petersburg je wiederssehen werde.

Wie haben Sie die Bombardements überstanden?

Wir verliessen Kiew am dritten Tag des Krieges. Doch gerade zu Beginn der Invasion gab es besonders viele Luftschläge. Die russische Armee hatte ja geplant, Kiew in einem Blitzkrieg ein-

«An der Grenze empfangen uns zum Glück viele freiwillige Helferinnen aus Moldawien.»

zunehmen. Am Abend hörten wir jeweils Explosionen. Sie wurden immer lauter. Schlafen konnte niemand mehr. Fenster zitterten, Alarmanlagen heulten. Und bald konnte ich anhand des Detonationslärms die Entfernung der Einschläge abschätzen.

Und Ihr vierjähriger Sohn?

Der hatte grosse Angst. Ich auch. Er aber verstand überhaupt nicht, was los war. Ständig fragte er, wann dieser Lärm aufhöre. Zur Ablenkung schauten wir einen Trickfilm – bei voller Lautstärke. Doch wir weinten beide.

Ihre Flucht nach Genf dauert 22 Tage. Warum so lange?

Weil es zu Kriegsbeginn für uns Russinnen und Russen nicht klar war, ob Europa uns ohne Visum aufnehmen würde. Mit dem Team der Bau- und Holzarbeiter Internationale schmiedete ich einen Evakuierungsplan mit Umwegen über Moldawien und Rumänien nach Genf. Unterwegs war die Hölle los. Die Lastwagen der ukrainischen Flugabwehr verstopften die Strassen. Uns blieb nichts anderes übrig, als uns hinter dem Militär einzureihen. Wir wollten einfach nur noch weg. An der Grenze empfingen uns zum Glück viele freiwillige Helferinnen aus Moldawien. Sie verteilten Nahrung und Kleider.

Wie wichtig war diese Hilfe?

Enorm wichtig! Die Behörden glänzten ja durch Abwesenheit. Beinahe

* Anna Andreeva (40) ist Kampagnenverantwortliche bei der Bau- und Holzarbeiter Internationale (BWI). Nach ihrem Justizstudium in Berlin, Kassel und St. Petersburg heiratete die Russin einen ukrainischen Gewerkschafter. Die letzten zehn Jahre lebte das Paar in Kiew.

wäre ich deswegen zur Anarchistin geworden. Denn ich habe erlebt, dass die Leute sich selbst organisieren können und keinen Staat brauchen. Das zeigt sich, wenn es zu wirklich kritischen Situationen kommt. Dann helfen die Menschen sich gegenseitig, unabhängig von Gesetzen und politischen Agenden. Und: Moldawien ist das ärmste Land Europas. Die Leute haben selber fast nichts. Doch was sie haben, das geben sie. Offene Türen überall. Sehr eindrücklich!

Ukrainische Männer dürfen ihr Land nicht mehr verlassen. Auch Sie mussten sich von Ihrem Mann an der Grenze verabschieden...

...er wäre niemals weggegangen! Mein Mann ist der Präsident der ukrainischen Bauarbeitergewerkschaft. Er wird gebraucht. Die meisten Gewerkschaften haben sich in Lwiw, im Westen der Ukraine, gesammelt und organisieren sich da neu. Sie leisten Fluchthilfe, verteilen Spenden und verwandeln ihre Hotels und Sanatorien in Notunterkünfte.

Und die normale Gewerkschaftsarbeit ruht?

Nein, wir haben zum Beispiel durchgesetzt, dass Arbeitnehmende trotz Kriegsausbruch auch den Februarlohn erhalten. Das war in vielen Firmen nicht selbstverständlich. Und jetzt bekämpfen wir das neue Arbeitsgesetz, das Präsident Selenski genau vier Wochen nach Kriegsbeginn in Kraft gesetzt hat.

Die Gewerkschaften stellen sich gegen Selenski?

In dieser Sache schon. Denn das neue Gesetz beschneidet die Rechte der Arbeitnehmenden massiv. Es erlaubt längere Arbeitszeiten und schlechtere Arbeitsbedingungen. Auch Entlassungen werden einfacher und die Entschädigungen tiefer. Die Regierung argumentiert, das helfe dem Land im Krieg. Doch das stimmt nicht. Es braucht jetzt kein neues Gesetz. Um die Versorgung zu gewährleisten, waren die Arbeiter schon vorher zu Mehrarbeit bereit. Und: Das Parlament hatte bereits vor dem Krieg zweimal versucht, dieses Gesetz einzuführen. Jetzt haben sie den Krieg dafür missbraucht, es durchzubringen.

Stimmt es, dass das britische Ausussenministerium in dieser Sache beraten hat?

Nicht nur, auch Berater aus den USA waren beteiligt. Dass es eine Reform braucht, bestreite ich gar nicht. Denn das Arbeitsrecht deckt die neu aufkommenden Beschäftigungskategorien nicht ab: Die IT-Branche fehlt komplett, auch Vorschriften zur Selbstständigkeit und zu Home-Office fehlen völlig. Das ist so, weil das ukrainische Arbeitsrecht immer noch stark sowjetisch geprägt ist. Und zwar so sehr wie in keinem anderen Land der ehemaligen UdSSR. Überall sonst hat man die einst vorbildlichen Arbeitnehmerrechte weitgehend ausgehöhlt. In der Ukraine beginnt das erst jetzt. Dabei bräuchte es keine Abbau-reformen, sondern solche, die schlicht auch die neuen Wirtschaftskategorien regulieren würden.

Was sagen Sie zu Putins Argument, die Ukraine müsse «entnazifiziert» werden?

Schauen Sie, Wolodimir Selenski ist Jude. Wie soll ein jüdischer Präsident ein Land von Nazis regieren? Die Ukraine ist und bleibt ein multi-ethnisches Land.

Warum aber ist das eindeutig rechtsextreme Asow-Regiment mit 2000 Kämpfern offizieller Teil der ukrainischen Armee?

Das frage ich mich auch. Aber der politische Arm dieser Leute hat in der Ukraine keinerlei Erfolg. Sie haben es in den Wahlen von 2019 nicht einmal ins Parlament geschafft. Trotzdem sagt Putin, die Ukrainer würden von einer Bande von Nazis regiert und unterdrückt. Das Volk könne sich nicht mehr frei äussern und müsste befreit werden. Das ist schlicht absurd.

Auch der grösste russische Gewerkschaftsdachverband FNPR unterstützt Putins Krieg. Erstaunt Sie das?

Nein. Dieser Verband unterstützt Putins Partei schon sehr lange. Erstaunt hat mich aber, dass er unmit-

«Die Gewerkschaften leisten Fluchthilfe, verteilen Spenden und verwandeln ihre Hotels in Notunterkünfte.»

telbar nach der Invasion ein aggressives Kriegspamphlet veröffentlicht hat. Damit zeigt er, dass er definitiv nicht mehr unabhängig ist. Es liegt schliesslich in der Natur aller Gewerkschaften, sich grundsätzlich gegen jeden Krieg zu stellen – unabhängig von politischen Einstellungen. Das Hauptproblem ist aber, dass die meisten Russinnen und Russen der Kriegspropaganda glauben.

Aber es gibt doch auch eine Friedensbewegung in Russland!

Hut ab vor diesen mutigen Menschen! Doch ich sehe schwarz. Wer protestiert, riskiert 15 Tage Haft, zudem eine Busse von umgerechnet 500 Franken, was einem durchschnittlichen Monatslohn entspricht, und obendrauf noch 16 Tage Arbeitsdienst. Das macht auf Dauer niemand mit.

Und wie geht es jetzt für Sie weiter?

Als Erstes muss ich in Genf eine Wohnung finden, was schwierig ist. Gleichzeitig beginne ich zu arbeiten, auf dem dortigen BWI-Büro. Der Kleine geht bereits in die Schule. Er liebt die Genfer Trams und kann schon «näcster Hal» auf französisch sagen.

Anna Andreeva: «Wir müssen zusammenhalten!»

Das sagt Bau-Gewerkschafterin Andreeva den Schweizer Baulenten, die gerade für einen besseren Gesamtarbeitsvertrag kämpfen:

«Ich habe schon immer an die Kraft der Arbeiterbewegung geglaubt. Doch in diesen Tagen habe ich ganz direkt erfahren, wie stark wir sind, wenn Gefahr droht und wir für einander da sind. Den Schweizer Bauarbeitern rate ich daher: Haltet auch ihr zusammen, dann ist alles möglich!»



SCHUTT UND ASCH: Nach einer Bombardierung der ukrainischen Stadt Charkiw. Von den Gebäuden, die ins Visier der russischen Armee geraten, bleiben nur noch Trümmerhaufen übrig. FOTO: EDDY VAN WESSEL

Nach der vierten Verhandlungsrunde zwischen Kiew und Moskau

Kann dieser Krieg noch gestoppt werden?

Am 29. März trafen sich ukrainische und russische Verhandlungsdelegationen in Istanbul. Und verhandelten konkreter und detaillierter.

ANDREAS ZUMACH*

Gibt es noch Chancen, den Krieg Russlands gegen die Ukraine möglichst bald durch eine Vereinbarung zwischen den Regierungen beider Länder zu beenden? Und damit noch mehr Todesopfer, Verletzte und Zerstörungen zu verhindern?

Bei Redaktionsschluss dieses Artikels, am 29. März, war die vierte direkte Verhandlungsrunde seit Kriegsbeginn zwar erneut ohne konkrete Ergebnisse zu Ende gegangen. Sie hatte auf Einladung des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan in Istanbul stattgefunden. Offen-

Ein zentraler Punkt ist der künftige Status der Krim.

barr bestand auch keine Bereitschaft zu einer Waffenruhe, wenigstens während der Dauer dieser Gespräche.

Ein Sprecher des Militärministeriums in Moskau erklärte: «Die russischen Streitkräfte setzen die militärische Spezialoperation fort.» Keine solche Erklärung gab die Regierung in Kiew ab. Dennoch setzten die ukrainischen Streitkräfte ihre Angriffe auf russische Invasionstruppen fort. Doch offensichtlich wurde bei dieser vierten Verhandlungsrunde konkreter und detaillierter als zuvor über mögliche Inhalte und Eckpunkte einer politischen Vereinbarung diskutiert, die vielleicht zur Beendigung des Krieges führen könnte.

NEUTRALITÄTSSTATUS

Die ukrainische Delegation machte nach Angaben eines Sprechers neue Vorschläge für die von der Regierung in Kiew für unverzichtbar erklärten Sicherheits- und militärischen Beistandsgarantien, unter denen sie sich auf einen Neutralitätsstatus der Ukraine einlassen würde. Als einer der möglichen Hauptgaranten gelte die Türkei, erklärte der Sprecher. Zu

weiteren Ländern, die der Ukraine Sicherheitsgarantien geben könnten, könnten Israel, Polen und Kanada gehören. Letzte Woche hat Präsident Wolodimir Selenski auch die USA und Grossbritannien genannt. Erst wenn ein verlässliches System von Sicherheitsgarantien stehe, werde die Ukraine einem neutralen Status zustimmen.

Zu diesem Status gehöre auch der Verzicht der Ukraine auf ausländische Militärstützpunkte auf ihrem Territorium. Sowie die Bekräftigung eines dauerhaften Verzichts auf Atomwaffen. Grundvoraussetzung sei aber eine Abstimmung der ukrainischen Bevölkerung über die Bedingungen eines Abkommens mit Russland. Zudem müsse vor Inkrafttreten eines finalen Abkommens auf dem gesamten Gebiet der Ukraine wieder Frieden herrschen.

Laut dem Delegationssprecher hat die Ukraine Russland auch vorgeschlagen, beide Seiten sollten sich bis zu 15 Jahre nehmen für Beratungen über den künftigen Status der Krim. Diese hatte Russland 2014 ebenfalls völkerrechtswidrig annektiert. Das dürfte in Russland nicht gut ankommen. Denn die Regierung Putin verlangte bislang, dass die ukrainische Regierung endgültig anerkennen solle, dass die Krim zu Russland gehöre.

Die Ukraine warte nun auf die russischen Antworten, erklärte der Delegationssprecher. Man sei zudem der Ansicht, dass es jetzt genug Fortschritte gebe für ein persönliches Treffen der Präsidenten Wladimir Putin und Wolodimir Selenski.

WENN ALLE STRICKE REISSEN

Der russische Chefunterhändler Wladimir Medinski äusserte sich zwar nicht zu Inhalten und Details dieser vierten Verhandlungsrunde, bezeichnete sie aber als «konstruktiv». Die Vorschläge der Ukraine würden nun geprüft und dann Präsident Putin übermittelt. Ein Treffen Putins mit Selenski sei aber erst möglich, wenn zuvor eine Vereinbarung zwischen den Ausenministern beider Länder erzielt worden sei.

Sollte keine Kompromissvereinbarung zwischen Kiew und Moskau zustande kommen, sind mehrere Szenarien zumindest theo-

retisch denkbar, die in kürzerer oder auch längerer Frist zu einem Ende des Krieges führen könnten:

● Präsident Putin könnte durch verschiedene Akteure von der Macht verdrängt werden. Sehr unwahrscheinlich ist, dass diese Ablösung durch einen oder mehrere der sechs Männer erfolgt, die den inneren Machtzirkel um Putin bilden. Vergleichsweise weniger unwahrscheinlich wäre eine Absetzung Putins durch Oligarchen. Diese fürchten angesichts der westlichen Wirtschaftssanktionen nämlich um ihre Pfründe, Privilegien und künftigen Profite.

● Nicht völlig auszuschliessen ist auch, dass die Sanktionen des Westens zu einem Aufstand aus der zunehmend notleidenden Bevölkerung gegen Putin führen könnten.

● Eine Kapitulation der ganzen Ukraine oder auch nur einzelner Städte wie Mariupol wird bislang von der Regierung in Kiew rigoros ausgeschlossen. Stattdessen fährt die Regierung mit Durchhalteparolen und ermutigt durch die westlichen Waffenlieferungen die Hoffnung auf einen militärischen Sieg. Ein solcher Sieg ist angesichts der hohen Überlegenheit der russischen Streitkräfte – und trotz den offensichtlichen Problemen ihrer Bodentruppen – zwar sehr unwahrscheinlich. Doch vorstellbar ist, dass die ukrainischen Streitkräfte mit Hilfe der westlichen Waffenlieferungen nach weiteren wochen- oder gar monatelangen, verlustreichen Kämpfen mit grossen Opfern unter der Zivilbevölkerung eine militärische Patt-situation erreichen. Das würde die Position der Ukraine am Verhandlungstisch stärken. Möglicherweise verfolgt Selenski genau dieses Kalkül. Und möglicherweise lässt auch Putin nur zum Schein verhandeln – und ist nicht bereit, von seinen zu Kriegsbeginn formulierten Maximalforderungen abzurücken.



* Andreas Zumach (67) ist Journalist und Publizist. Von 1988 bis 2020 war er Schweiz- und UN-Korrespondent für die deutsche «tagesszeitung» (taz) mit Sitz am europäischen Hauptsitz der Vereinten Nationen in Genf. Heute lebt er in Berlin und arbeitet als freier Journalist für verschiedene Medien.

Bilder des Krieges Horror in Schwarzweiss

Der renommierte niederländische Fotograf Eddy van Wessel hat in der Ukraine den Krieg fotografiert. work bringt in dieser Ausgabe neun seiner Bilder.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Vier Tage nach Kriegsausbruch landete Fotograf Eddy van Wessel (57) in Kiew, der Hauptstadt der Ukraine. 30 Tage lang war er im Kriegsgebiet unterwegs. Zwei Tage nach seiner Rückkehr in die Niederlande erreichte er ihn am Telefon. Er sagt: «Es ist ein aussergewöhnlich rücksichtsloser Krieg!» Im Gegensatz zu anderen Kriegen, in denen er auch schon fotografierte, sei es in der Ukraine schwie-



KRIEGSFOTOGRAF: Eddy van Wessel. FOTO: WARPHOTO.LTD.COM

rig, an die Menschen heranzukommen. Es sei kein Krieg der Soldaten oder Scharfschützen, sondern ein Präzisionskrieg der Bomben und Drohnen, auch gegen die Zivilbevölkerung.

Eigentlich wollte van Wessel in Kiew bleiben, doch die meiste Zeit verbrachte er in der Stadt Charkiw. Er und viele andere Fotografen und Journalistinnen hätten die Hauptstadt rasch verlassen müssen, weil die Regierung ihre Arbeit enorm erschwert habe. Van Wessel: «Sie hat grosse Angst vor Spionen. Viele Sujets durfte ich nicht fotografieren.» Die Regierung erlaubte es ihm auch nicht, an den Frontlinien zu fotografieren, oder die Armee zu begleiten.

EINE MISSION

Früh schon zog es van Wessel in Konfliktgebiete, zuerst in den Balkan, dann in den Irak, nach Tschechien. Und immer zeichnete

«Alle Bilder bleiben irgendwo in meinem Kopf gespeichert.»

er den Krieg in Schwarzweiss. Er erklärt: «Schwarz und Weiss ist alles, was ich brauche. Nur so kann ich die Essenz, den Kern des Geschehens zeigen, die richtige Atmosphäre festhalten.»

Jetzt ist van Wessel für ein paar Wochen zu Hause bei der Frau und seinen drei erwachsenen Kindern. Aber er will bald zurück in die Ukraine. Warum setzt er freiwillig sein Leben aufs Spiel? Van Wessel wehrt ab. Er schütze sich vor Ort. Kugelsichere Weste, Gasmasken & Co. gehörten nebst seiner Leica zur Ausrüstung. Und vor allem: «Kriegsfotografie ist, was ich bin.» Er sieht sich als visueller Geschichtsschreiber. «Ich fühle mich verpflichtet, alles festzuhalten, und sei es noch so grauam.» Doch erst wenn die Fotos publiziert sind, sei seine Mission erfüllt. Er macht diese Bilder gegen die Naivität derjenigen die glauben, Krieg gehe sie nichts an. Er selbst hat sich nie an die schrecklichen Szenen gewöhnt, will sich auch gar nicht abhärten, sondern offen bleiben. Denn nur so könne er die wirklich ergreifenden Sujets überhaupt noch sehen. Aber: «Das macht mich natürlich auch verletzlich. Alle Bilder bleiben so irgendwo in meinem Kopf gespeichert.»

rebrand.ly/instagram-van-wessel



IM UNTERGRUND: Zum Schutz vor russischen Angriffen schlafen die Menschen schon seit Wochen im U-Bahn-System der ukrainischen Stadt Charkiw. FOTO: EDDY VAN WESSEL

Wie sind wir bloss in diese Misere reingerutscht? Ein Erklärungsversuch.

Fünf Hintergründe zum Krieg in der Ukraine

Um ein so gewaltiges Ereignis wie den Ukraine-Krieg auch nur ansatzweise zu verstehen, müssen wir erst mal einsehen, dass es keine einfachen Erklärungen gibt, schreibt Ex-Unia-Co-Chef und work-Kolumnist Andreas Rieger.

ANDREAS RIEGER

Wie sind wir bloss in diesen Krieg reingerutscht? Und warum? Das fragen sich viele in diesen Kriegstagen händeringend. Nur etwas ist klar: Für einen Krieg gibt es nie nur einen Grund. Es ist deshalb auch unsinnig, wenn wir uns wegen Meinungsverschiedenheiten um einen Hauptgrund auch noch bekriegen. Es gibt immer verschiedene Faktoren, die schliesslich zu einem Krieg führen. Sich überlagernde Faktoren, zudem. Um diese zu verstehen, müssen wir in der Geschichte auch zurückblenden. Hier ein Erklärungsversuch in fünf Punkten:

1. Putins Grossrussland

In den letzten Jahren hat sich bei Kremelführer Wladimir Putin und anderen Exponenten des russischen Regimes jene Ideologie einer grossrussischen Mission durchgesetzt, die einige Rechtsextreme in Russland wie etwa Alexander Dugin schon früher vertraten. Sie greift zurück auf das grossrussische Reich, das die Ukraine, Weissrussland und Russland gemeinsam umfasst hatte. Und zwar tausend Jahre zurück. Neuerdings betätigt sich Putin nämlich auch als «Historiker» und schlägt in seiner Geschichtsschreibung einen grossen Bogen aus den Jahren um 1000 in die Gegenwart.

Die nationalen Bewegungen beim Niedergang des Zarenreichs in der Zeit des Ersten Weltkriegs passen Putin dagegen weniger. Putin beschuldigt den kommunistischen Revolutionär und späteren Regierungschef der Sowjetunion, Wladimir Iljitsch Lenin, sogar, Russland «ausgeraubt» zu haben. Der Grund: Lenin anerkannte 1922 die nationale Unabhängigkeit der Ukraine im Rahmen der Union der Sowjetrepubliken. Als die Sowjetunion 1991 zerfiel, hätten die Menschen in der Ukraine plötzlich ausserhalb ihrer «historischen Heimat» gestanden, so Putins Logik. Und sie seien in der Folge unter westlichen Einfluss geraten.

In Putins Logik erscheint die jetzige Okkupation der Ukraine deshalb als konsequent. Er sagt: «Schliesslich sind wir ein Volk» (O-Ton von 2021). Putin hatte deshalb auch die Erwartung, grosse Teile der Ukrainerinnen und Ukrainer würden die russische Armee als «Befreier» empfangen. Doch das Gegenteil ist der Fall.

In seinen Wutreden seit Kriegsbeginn hat Putin seine grossrussische Mission nun noch weiter

überhöht: Sie soll jetzt auch eine Alternative bilden zur dekadenten, verweichlichten westlichen Zivilisation.

2. Nationale Unabhängigkeit

Für benachbarte Staaten ist das grossrussische Projekt eine vitale Bedrohung und Anlass für nationale Unabhängigkeitsbestrebungen. Zu solchen Bewegungen kam es historisch immer wieder insbesondere dann, wenn Imperien zerfielen, von Indochina über Afrika bis zur Sowjetunion. Sie verlangen alle das Recht auf Selbstbestimmung.

Ihr Kampf ist primär ein nationaler, oftmals ein demokratischer und manchmal auch ein sozialer. Linke in europäischen Ländern, in denen die nationale Frage schon lange gelöst ist, rümpfen manchmal die Nase über die nationalistischen Züge, die solche Bewegungen annehmen können. Aber es muss uns klar sein: Der Nationalismus von abhängigen Nationen, die für Unabhängigkeit kämpfen, darf nie auf die gleiche Stufe gestellt werden wie der Nationalismus der Imperialmächte. Also hier mit Putins Nationalismus.



3. US-Expansion

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 war die Aufgabe der Nato eigentlich erfüllt, für die sie zu Beginn des Kalten Kriegs gegründet worden war, ein militärisches Gegengewicht zu bilden zum von der Sowjetunion angeführten Ostblock. Die europäischen Staaten hätten nach dem Zusammenbruch dieses Blocks eine neue Sicherheitsarchitektur schaffen können. Ansatzweise erfolgt dies 1975 mit der Gründung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Sie umfasst sämtliche europäischen Länder, einschliesslich Russlands. Aber die Nato blieb als militärisches Bündnis bestehen und nahm 1997 Beitrittsgesuche von Polen, Tschechien und Ungarn gerne an. Für weitere Staaten, die in den folgenden Jahren mehr militärische Sicherheiten suchten, gab es kaum eine Alternative zur Nato. Beitritte folgten vom Baltikum bis nach Albanien. Auch der aktive Neutralitätsstatus, den Finnland nach dem Zweiten Weltkrieg gewählt hatte, schien keine Alternative zu sein. Im Resultat bedeutete dies eine Expansion der US-Armee, der stärksten Macht in der Nato. Umso brisanter war in den letzten Jahren die Frage einer Nato-Mitgliedschaft der Ukraine.

4. Neoliberale Schocktherapie

Das wichtigste Angebot des Westens nach dem Ende der Sowjetunion war eine neoliberale Schocktherapie. Der erste Präsident Russlands, Boris Jelzin, sollte innert weniger Monate die staatliche Wirtschaft verscherbeln und alle Märkte öffnen. Die Ausarbeitung einer Verfassung und ein demokratischer Umbau des Staates waren nicht vorgesehen. Der freie Markt würde alles selbst regeln. Jelzin setzte getreulich um, was ihm die westlichen Einflüsterer von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) vorkauten. Mit desaströsem Resultat für die russische Bevölkerung, wie Ökonom Heiner Flassbeck und Ökonomin Friederike Spiecker auf den Seiten 13–14 analysieren. Ihr Fazit: «Mit den absurden Privatisierungsversuchen, die der Westen orchestriert hat, wurde einer Oligarchie der Weg ebnet, die sich fatal für die Entwicklungschancen der Länder im Osten erwies.» Ein politisches Urteil, das die Rechtsprofessorin Katharina Pistor in ihren Analysen des Ukraine-Kriegs teilt. Sie schreibt: «Indem der Westen dem Kapitalismus den Vorzug vor der Demokratie gab, setzte er Wohlstand und Frieden aufs Spiel» (siehe Literaturliste Seite 14).

Der Lebensstandard breiter Massen in Russland und in der Ukraine sank. Und Präsident Jelzin verlor immer mehr die Kontrolle und setzte schliesslich den Geheimdienstler Putin als seinen Nachfolger ein. Der sollte wieder für eine funktionierende Wirtschaft sorgen.

5. Demokratie-Bewegung

Weltweit haben wir in den letzten Jahrzehnten mächtige Demokratiebewegungen erlebt. Zum Beispiel in Weissrussland, wo 2020 eine riesige Bewegung dem autoritären Regime von Machthaber Aljaksandr Lukaschenko ein Ende setzen wollte: Auch Lukaschenko hatte eine Neuauflage der Sowjetunion mit Russland, Ukraine und Weissrussland angestrebt und das Land mit eiserner Hand regiert. Als er im August 2020 zum sechsten (!) Mal wiedergewählt werden wollte, war der Wahlbetrug zu offensichtlich. Die Antwort kam sofort: Generalstreik in den Fabriken, Hunderttausende Demonstrierende sonntags auf den Plätzen der Hauptstadt Minsk und eindrückliche pazifistische Aktionen von Zehntausenden weissgekleideten Frauen. Lukaschenkos Schergen knüppelten alles nieder. Beim russischen Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 stellte er nun auch das weissrussische Staatsgebiet für den russischen Aufmarsch zur Verfügung.

Demokratiebewegungen wie jene in Weissrussland waren für Putin ein Alarmzeichen. Denn es gab in Russland selbst immer wieder Anzeichen für ähnliche Bewegungen, die der Staat aber im Keim ersticken konnte. Wie heute die russischen Antikriegsmanifestationen, an denen bisher Tausende Russinnen und Russen verhaftet wurden.



WARTEN UND BANGEN: Obwohl der Krieg schon in ihrer Stadt wütet, hoffen die Menschen von Charkiw, sich mit dem Zug in Sicherheit bringen zu können. FOTO: EDDY VAN WESSEL

Neoliberale Schocktherapie: Ökonom Heiner Flassbeck und Ökonomin Friederike Spiecker zum wirtschaftlichen Desaster in Russland und der Ukraine

«Osteuropa wurde Opfer westlicher Überheblichkeit»

Der Krieg in der Ukraine könne nur verstanden werden, wenn man sich anschaue, auf welche Weise «der Westen» Osteuropa nach dem Fall der Mauer ökonomisch schlecht beraten habe. So die hochspannende Analyse von Ökonomin Spiecker und Ökonom Flassbeck.

HEINER FLASSBECK, FRIEDERIKE SPIECKER*

Das Ergebnis sind eine grosse Anzahl von Staaten, die heute nur deswegen nicht zu den gescheiterten Staaten gezählt werden, weil sie im Gefolge der Öffnung aller Märkte in der Lage waren, ihre Rohstoffe zu verschleudern. Damit und mit absurden Privatisierungsversuchen, die der

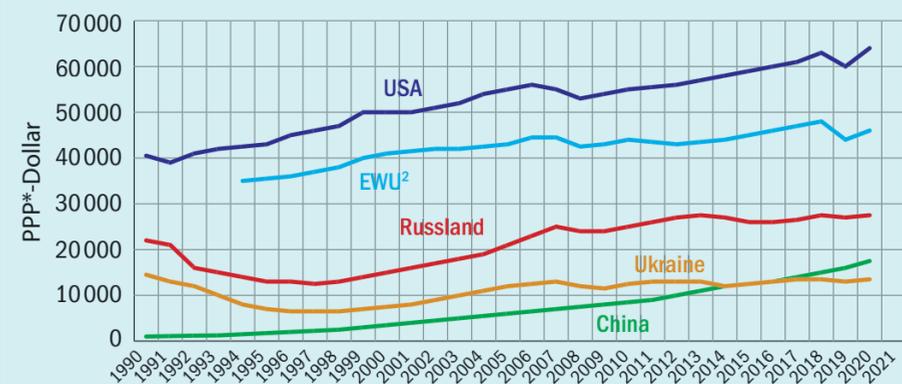
Mit den absurden Privatisierungsversuchen, die der Westen orchestriert hat, wurde einer Oligarchie der Weg geebnet...

Westen orchestriert hat, wurde einer Oligarchie der Weg geebnet, (...) die sich jedoch als fatal für die Entwicklungschancen der Länder erwies.

Hinzu kam, dass genau diese oligarchischen Strukturen jeden Weg in eine funktionierende Demokratie von vornherein verstellten, weil nur Regime, die sich mit den Oligarchen arrangierten, von diesen zugelassen wurden. Das will man allerdings bis heute im Westen nicht zur Kenntnis nehmen. Man hat bis vor wenigen Tagen ja gerne Handel mit den Firmen der Oligarchen getrieben und ihnen unsere Luxusgüter verkauft.

Bruttoinlandprodukt pro Kopf¹

Die Abbildung zeigt, dass sich in der Ukraine die Entwicklung der Wirtschaft seit 2015 noch einmal verschlechtert hat. Nach einer tiefen Rezession ist das Bruttoinlandprodukt pro Kopf bis heute kaum noch gestiegen, das Land kommt genau von dem Zeitpunkt an, wo es sich am stärksten dem Westen zugehörig fühlen konnte, wirtschaftlich nicht mehr voran.



¹ Bruttoinlandprodukt pro Kopf der Bevölkerung in *Kaufkraftparitäten (PPP 2017 international Dollar).

² Summe des BIP in Kaufkraftparitäten (PPP-2017-Dollar) je Quelle: IWF, World Economic Outlook November 2021, eigene Berechnungen.

Frustration und enttäuschte Hoffnungen betreffen nicht nur die politischen Beziehungen zwischen Ost und West. Noch schlimmer ist es, dass der Osten sich kollektiv ökonomisch verkauft fühlt, aber vor allem viele kleinere Länder immer noch glauben, es gebe den einfachen Ausweg aus ihrer Misere, die da heisst, Anschluss an den Westen. Dass der Westen nie ein Konzept für Integration und Entwicklung hatte und bis heute nicht hat, können viele immer noch nicht glauben.

DI E MAUER IN DEN KÖPFEN

Als vor dreissig Jahren die Mauer aus Stein in Deutschland fiel, blieben die Mauern in den Köpfen vieler Politikerinnen und Ökonomen im Westen leider stehen. Drei Jahrzehnte verstrichen weitgehend ungenutzt, wenn man sich den ökonomischen Abstand anschaut, den die meisten europäischen Regionen, die östlich der Elbe

liegen, zum «goldenen» Westen haben. Das beginnt bereits in Ostdeutschland, wo trotz des sofortigen vollständigen Anschlusses an das Wirtschaftswunderland und ungeheurer «Aufbauhilfen» auch heute noch die Wirtschaft weit zurückhängt und grosse Teile der Bevölkerung zu Recht den Eindruck haben, nicht wirklich dazugehören. Je weiter man nach Osten geht, umso schlimmer wird es.

Noch viel schlechter ist es seither der Ukraine und Russland ergangen. Das russische Einkommen pro Kopf der Bevölkerung stagniert im Vergleich zu den USA auf einem niedrigen Niveau. Die Ukraine fällt bei diesem entscheidenden Massstab seit der Finanzkrise von 2008/2009 auf noch viel tieferem Niveau als Russland sogar deutlich zurück. Dagegen gelingt es China, sich gegenüber den USA (die hier einhundert gesetzt worden sind, siehe Grafik) stetig zu verbessern.

Das muss man sich deutlich vor Augen führen: Das Nachbarland Russlands, dessen Schicksal wir heute beklagen, wurde von den westlichen Beraterinnen und Beratern unter Führung des Internationalen Währungsfonds (IWF) in eine ökonomische Lage gebracht, die für das Funktionieren einer jungen Demokratie und für die Lebensperspektiven der Menschen absolut fatal war und ist.

ANFANG VOM ENDE

Ich (Heiner Flassbeck) habe selbst in den 90er Jahren mit einigen Kollegen versucht, in einer der ehemaligen Sowjetrepubliken, in Kasachstan, zum Neuaufbau von ökonomischen Strukturen und rationaler ökonomischer Entscheidungsfindung beizutragen. Mehrere Male pro Jahr besuchten wir das Land und hatten die Gelegenheit, mit hochrangigen Politikerinnen und Politikern wirtschaftspolitische Grundfragen zu diskutieren und anschliessend der Regierung unsere eigenen Empfehlungen vorzulegen.

Doch wohin man auch kam, andere waren schon da. Weil alle ehemaligen Sowjetrepubliken eine schnelle Transformation in Richtung Marktwirtschaft anstrebten und damit einen Anschluss an das weltweite Finanzsystem, baten praktisch

... die sich als fatal für die Entwicklungschancen der Länder im Osten erwies.

alle Regierungen unmittelbar den IWF und die Weltbank um Hilfe. Selbst da, wo die politische Führung den Eindruck hatte, man solle sich nicht einseitig auf die Washingtoner Institutionen verlassen, gab es nach kurzer Zeit Dollarbedarf, den nur der IWF decken konnte. Damit war der IWF überall und unmittelbar in der Lage, ein Monopol zur Beratung der Regierungen zu etablieren. Das gilt selbst für Russland in den 1990er Jahren.

Fortsetzung auf Seite 14

Ukraine-Krieg Zum Weiter- lesen



In der Einschätzung von Putins Überfall auf die Ukraine als völkerrechtswidriger Angriffskrieg sind sich in der Linken alle einig. Über die Ursachen und die Folgen aber wird heftig debattiert (siehe Beitrag von Andreas Rieger auf Seite 12). work dokumentiert eine kleine Auswahl von Einschätzungen aus Wissenschaft, Kultur, Politik und Berichten zur Antikriegsbewegung. Die Liste wird online fortgesetzt und kann dort in den Kommentaren auch gerne ergänzt werden.

LINKS ZUM THEMA:

- www.rebrand.ly/ukraine-afinogenov
Gregory Afinogenov über Putins blutigen Nationalismus und linke Nato-Irrtümer.
- www.rebrand.ly/ukraine-bsirske
Die deutschen Grünen stützen den Aufrüstungskurs der Ampel-Koalition. Aber nicht alle: der Grünen-Bundestagsabgeordnete und Ex-Verdi-Chef Frank Bsirske hat Fragen (ab 28:30).
- www.rebrand.ly/ukraine-chomsky
Der Blick des US-Intellektuellen Noam Chomsky auf Putins Angriffskrieg und wie Frieden gelingen könnte.
- www.rebrand.ly/ukraine-doxa
Wie organisiert sich die Antikriegsbewegung in Russland?
- www.rebrand.ly/ukraine-herden
Der deutsche Journalist Lutz Herden («Der Freitag») über die drei westlichen Spitzentreffen zum Ukraine-Krieg und was sie den Ukrainerinnen und Ukrainern bisher gebracht haben – und was nicht.
- www.rebrand.ly/ukraine-kluge
Muss die Kunst angesichts des Kriegsschreckens schweigen? Ein Gespräch mit Autor und Filmemacher Alexander Kluge über Kulturboykotte, Nachrichtenbilder und die Möglichkeit von Frieden.
- www.rebrand.ly/ukraine-lafontaine
Der deutsche Politiker Oskar Lafontaine (78, Ex-SPD, Ex-Die-Linke) spricht in seiner Abschiedsrede eindrücklich über Krieg und Frieden in seinem Leben.
- www.rebrand.ly/ukraine-pistor
Rechtsprofessorin Katharina Pistor über den Kardinalfehler des Westens, nach dem Ende des Kalten Krieges Kapitalismus höher zu gewichten als Demokratie.
- www.rebrand.ly/ukraine-sasse
Die Zürcher Slawistik-Professorin Sylvia Sasse über Putins Ideologie.

Alle Links finden Sie unter diesem QR-Code:



«Osteuropa wurde Opfer ...» Fortsetzung von Seite 13



IN FLAMMEN: Eine russische Rakete trifft eine Gasleitung in der nordostukrainischen Stadt Charkiw, der zweitgrößten Stadt des Landes. FOTO: EDDY VAN WESSEL

Von den Washingtoner Institutionen wurde natürlich der sogenannte Washington Consensus gepredigt, nämlich der feste Glaube an die Segnungen der Marktwirtschaft, des freien Handels und freier Kapitalbewegungen. Gekrönt wurde das Ganze vom Monetarismus, also der heute selbst in der herrschenden Lehre weitgehend überwundenen Überzeugung, man müsse mit einer strikter Geldmengenbegrenzung durch eine unabhängige Notenbank das Aufflackern von Inflation behindern. Fiskalisch schrieb der Konsensus natürlich Frugalität vor, also den Versuch des Staates, mit möglichst geringen Steuersätzen und ohne Staats-

IWF und Weltbank setzten ihre ökonomischen «Theorien» ebenso naiv wie brutal durch.

verschuldung auszukommen. In Sachen Währungssystem, also bei der Frage, wie man den Wechselkurs der (zum Teil ja gerade geschaffenen) nationalen Währungen verlegen sollte, vertrat der IWF, was er heute noch vertritt, nämlich entweder absolut feste Kurse oder frei schwankende Kurse.

Man kann sich nicht vorstellen, mit welcher Naivität und mit welcher Brutalität zugleich der IWF und die Weltbank in diesen Ländern ihre «Theorien» durchsetzten. (...) Einen Höhepunkt erreichte die «Beratung» durch die Washingtoner Institutionen mit der für die deutschen Beraterinnen und Berater vollkommen überraschenden Entscheidung, in Kasachstan die Rentenversicherung auf Kapitaldeckung umzustellen. Vom IWF und von der Weltbank wurde das als alternativlos bezeichnet und als ein Weg, mit einem Schlag die sozialen und finanziellen Probleme des Landes zu lösen. Die Regierung setzte es tatsächlich gegen unseren Rat in kurzer Zeit um, und die einzigen, die davon profitierten, waren die neu geschaffenen «Investmentfonds», die das Geld der Bürger aufnehmen und an den Staat weiterleiteten. Der grösste dieser Fonds wurde von der Deutschen Bank betrieben.

Es war allerdings nicht nur Osteuropa, wo dieser Unfug umgesetzt wurde. Auch im Westen war das gang und gäbe, dieses total unsinnige Konzept zu verbreiten, obwohl man gerade bei der Weltbank aus den Erfahrungen in Lateinamerika (Chile war mit den Chicago-Boys unter der Pinochet-Diktatur der Vorreiter bei der Kapitaldeckung) hätte wissen müssen, welchen Schaden das anrichten kann.

HANDEL, WANDEL UND WÄHRUNG

Gekrönt wurde die «Beratung» der Transformationsländer jedoch bei der auch in anderen Weltregionen vollkommen ungelösten Währungsfrage. In der Transformationsphase von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft war es für praktisch alle Länder die schwierigste Aufgabe, offene und andauernde Inflation zu verhindern, weil die in der Planwirtschaft unterdrückte Inflation offenbar wurde und in allen Ländern die Arbeitnehmer versuchten, das Aufholen gegenüber dem Westen durch rasche Lohnsteigerungen gegenüber Unternehmen zu erreichen, die überhaupt nicht wussten, was ihnen auf dem Weltmarkt blüht, wenn die Grenzen sich öffnen.

*Präsident Jelzin hatte sich von den westlichen Beratern feste Wechselkurse einreden lassen und versuchte gleichzeitig, mit hohen Zinsen westliches Kapital anzuziehen. Die Folge war eine massive Spekulation mit kurzfristigen russischen Staatsanleihen, bei der die Deutsche Bank wieder ganz vorne dabei war.

Weil für den IWF Löhne als «Marktpreise» ein vollständiges Tabu für die Wirtschaftspolitik waren und funktionierende Gewerkschaften mit einer gewissen Einsicht in gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge zumeist nicht existierten, kam es regelmässig zu einer massiven Inflationierung in den Jahren nach dem Fall der Grenzen – in der Ukraine war diese besonders ausgeprägt. Das einzige Mittel, das dem IWF dagegen einfiel, war natürlich geldpolitische Restriktion über hohe Zinsen und/oder die Festsetzung eines festen Wechselkurses gegenüber einer westlichen Währung (als Anker), womit über billige Importe die heimischen Produzenten diszipliniert werden sollten.

In der Ukraine wurde der Wechselkurs zum Dollar nach dem Ende der Hyperinflation zu Beginn des Transformationsprozesses fixiert und bis 2014 festgehalten. Danach wertete sich die Währung dramatisch ab, blieb aber offenbar Spielball westlicher Währungsspekulation, wie die starken Schwankungen des Wechselkurses andeuten. Auch Russland ging durch eine absolut chaotische Phase der Währungsanpassungen, die mit der sogenannten Russlandkrise endete und dem Land enorm schadete.*

Feste Wechselkurse als Anker waren fatal für die realen Produktionsmöglichkeiten in den entscheidenden Industrien der Transformationsländer. Fast alles, was heimisch war, verschwand, weil sich westliche Produzenten mit ihren völlig unterbewerteten Währungen durchsetzten. Damit war das Schicksal der wichtigsten Betriebe von Ostdeutschland bis Wladiwostok besiegelt – und zwar für immer. Wer einmal als Transformationsbetrieb seine wirtschaftliche Basis eingebüsst hat, kann sie auch bei günstigeren äusseren Bedingungen nur mit viel Glück wiederherstellen. Überleben konnte man im besten Fall als Produktionsstandort für westliche Firmen, als Rohstofflieferant oder als Produzent landwirtschaftlicher Produkte. Von einer eigenständigen industriellen Entwicklung der Länder und dem Aufbau gesunder marktwirtschaftlicher Strukturen konnte nicht mehr die Rede sein.

DIE BEHAUPTUNG DES WESTENS

Die Länder Osteuropas und weit darüber hinaus wurden Opfer westlicher Hybris (Überheblichkeit, Red.) und westlichen Geschäftssinns zugleich. Man behauptete leichter Hand, die Öffnung aller Märkte würde automatisch und sehr schnell neue Geschäftsfelder für die Transformationsländer schaffen, weil es ja das Prinzip der komparativen Vorteile gebe, das auch solchen Ländern weitgehende Teilhabe am internationalen Wirtschaftsgeheimen ermöglicht, die nicht sofort in der Lage sind, auf dem absoluten Niveau des Westens zu konkurrieren.

Das ist einfach falsch. Das Prinzip der komparativen Vorteile ist eine Schimäre, eine Fata Morgana, die immer hervorgeholt wird, wenn man wirklich nichts Substantielles zu sagen weiss.

Viel schlimmer noch ist die Konfusion und die Kaltschnäuzigkeit in der Währungsfrage. Gegen jede Vernunft hat man den Transformationsländern verkauft, sie könnten die Kapitalmärkte liberalisieren, ohne dass man bereit war, ihnen ein Währungssystem anzubieten, das sie vor Überbewertung und Spekulation hätte schützen können. Und dieser Vorwurf betrifft bei weitem nicht nur die USA, die vermutlich noch nie verstanden haben, wie wichtig ein funktionierendes Währungssystem für kleine offene Länder ist. Er betrifft vor allem Europa, wo man genau in dem Augenblick in den 1990er Jahren, wo man erkannt hatte, dass eine gemeinsame Währung von erheblichem Wert sein könnte, den Ost-

europäern ein Währungschaos ohnegleichen zugemutet hat.

MARKTWIRTSCHAFT VOR DEM SCHEITERN

Der derzeitige Konflikt zwischen Russland und Europa zeige, so der Vizechef der EU-Kommission Frans Timmermans, dass das Konzept «Wandel durch Handel» gescheitert sei. Das stimmt. Es ist aber nicht gescheitert, weil inzwischen ein besseres Prinzip angewendet worden oder gar der alte Systemkonflikt wieder ausgebrochen wäre, sondern weil der Handel, den der Westen einschliesslich der EU-Kommission allen Transformationsländern angeboten hat, eine Mogelpackung war.

Es gab ganz einfach zu wenig Wandel, weil der Handel der falsche war, d. h. den eigentlich erforderlichen und wünschenswerten Wandel behindert hat. Nach dem Fall des Eisernen Vorhanges sind in den Ländern des ehemaligen Ostblocks nicht die Verbesserungen eingetreten, die von den westlichen Beratern und «Partnern» lauthals versprochen worden waren. Das hat Frustration bei der Bevölkerung in diesen Ländern erzeugt und Politikerinnen und Politiker an die Macht gebracht, die das Modell vom Wandel durch Handel in Frage stellen und auf ihre nationalen Interessen pochen. Die EU-Kommission sollte das besser als andere wissen, hat sie doch täglich mit solchen Politikerinnen und Politikerin aus ihren eigenen Mitgliedsländern zu tun.

Doch wie will Frans Timmermans seinen Satz verstanden wissen? Wenn er meint, man müsse die Tür des Austauschs mit Russland nun dauerhaft zuschlagen, weil der Austausch nicht den gewünschten Erfolg in Sachen Demokratie und Frieden gebracht habe, macht er einen grossen Fehler. Denn damit schlägt er die Tür zu einer wirklichen Partnerschaft zu, einer Partnerschaft auf Augenhöhe zwischen dem Westen und diesem grossen Land. Diese Partnerschaft ist der einzige Schlüssel zu einem dauerhaften Frieden. Oder wollen wir eine Mauer um Russland herum bauen, um dieses Land für die nächsten hundert Jahre von der westlichen Welt abzuschotten? Brächte das einen auf Dauer stabilen Frieden in Europa mit sich?

Der Westen hat mit dem Ende des Kalten Krieges 1989 wenig Vernünftiges anzufangen gewusst – er wollte und hat daran vor allem Geld verdient. Welchen kalten Krieg wollen wir jetzt führen? Einen zwischen Rohstoffproduzentinnen und ihren Kunden? Einen zwischen den Privilegierten, die schon immer privilegiert waren, und

Das Konzept «Wandel durch Handel» ist gescheitert, weil der Handel der falsche war.

denen, die es nach den bisherigen Spielregeln nie sein werden? Diesen Krieg haben wir schon innerhalb unserer eigenen Länder. Wollen wir ihn auf der internationalen Ebene, wo die Privilegierten bisher immer gewonnen haben, nochmals verschärfen, statt endlich unseren eigenen jahrhundertalten Parolen über Gleichheit und Gleichberechtigung zu folgen?

Die Präsidentin der EU-Kommission ist mit ihrem Satz «We want them [die Ukraine, Anm. d. Verf.] in the European Union» vorgeprescht, ohne ein langfristig tragfähiges Konzept zu haben. Dass es an einem solchen fehlt, lässt sich zum einen an der Lage der bereits in die EU aufgenommenen Staaten Südosteuropas erkennen. Zum anderen würde die Aufnahme der Ukraine in die EU bedeuten, dass Russlands westliche Grenzen fast durchgehend mit EU-Ländern bestünden. Das erforderte erst recht einen Plan zum kooperativen Umgang mit diesem grossen Land, ganz gleich, wer dort an der Spitze des Staates steht. Anderenfalls befände sich Europa in einer permanenten Hab-Acht-Stellung oder Schlimmerem, aber sicher nicht in einem stabilen Frieden.

Dieser Artikel entstammt einer vierteiligen Serie zum Ukraine-Krieg, die Ökonom Heiner Flassbeck und Ökonomin Friederike Spiecker auf den beiden Websites relevante-oekonomik.com und fspiecker.de zwischen dem 3. und dem 14. März publiziert haben.



* **Heiner Flassbeck** ist ein deutscher Ökonom. Er war verschiedentlich als ökonomischer Berater tätig: ab 1998 zum Beispiel im Kabinett von Regierungschef Gerhard Schröder und später bei der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung Unctad. Seit seiner Pensionierung 2003 arbeitet er als Wirtschaftsforscher und Publizist.



* **Friederike Spiecker** ist eine deutsche Ökonomin. Sie lernte in den 1990er Jahren in der Konjunkturabteilung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin das Handwerkszeug in theoretischer und empirischer Makroökonomie sowie Konjunkturprognose. Heute arbeitet sie als freie Wirtschaftspublizistin und berät unter anderem auch die Gewerkschaften.



KRIEGSSONATE: Mehr als 80 Granaten schlugen am 22. März innert 24 Stunden in der ukrainischen Metropole Charkiw ein, wie in dieser Wohnung. Das Bombardement forderte vier Tote. FOTO: EDDY VAN WESSEL



Lieferstops, Kapitalabzug und Produktionsende in Russland:

So reagieren Schweizer Firmen auf den Krieg

Wegen Putins Krieg legen viele Schweizer Firmen ihr Russland-Geschäft auf Eis. Das könnte die russischen Mitarbeitenden hart treffen, aber erst mittelfristig.

JONAS KOMPOSCH

Der Ukraine-Krieg zwingt auch Schweizer Unternehmen zu einer Reaktion. Warum, zeigt das Beispiel Emmi. Die Luzerner Milchverarbeiterin lieferte bis anhin auch an einen ukrainischen Verteiler. Doch das ist nicht mehr möglich. Emmi schreibt work: «Nach unseren Informationen wurde das Hauptlager dieses Unternehmens zerstört.» Mit seinen kriegsbedingten Problemen ist Emmi keineswegs allein. Das zeigt eine Umfrage des Wirtschaftsdachverbands Economiesuisse: Die Hälfte aller befragten Firmen gaben an, vom Krieg betroffen zu sein. Am meisten Sorgen bereiten demnach der Rohstoffbezug und die Preise auf den Energiemärkten. Aber auch die Sanktionen gegen Russland spüren Schweizer Firmen. Fast ein Drittel der befragten Betriebe der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie sind durch sie betroffen. In der Chemie- und der Tourismusbranche sind es 40 Prozent. Und bei den Banken trifft es sogar jedes zweite Institut.

10-MILLIONEN GESPENDET

Wenig überraschend verurteilen hiesige Grossunternehmen diesen Krieg fast unisono. Und manche werfen für die notleidenden Ukraineerinnen und Ukrainer auch Eigenmittel auf. So will der Elektrotechnikkonzern ABB das Rote Kreuz mit 1 Million Franken unterstützen. Der Pharmakonzern Roche liefert der Ukraine unter anderem 150 000 Packungen Antibiotika. Und der Logistikriese Kühne + Nagel hat humanitäre Transportdienstleistungen im rekordverdächtigen Wert von 10 Millionen Franken versprochen. Gerade umgekehrt ist die Situation in Russland.

work hat 20 Schweizer Grossunternehmen, die dort geschäftlich, zu ihren Reaktionen

auf den Krieg befragt. Resultat: Zwei von drei Firmen haben ihre Tätigkeiten in Russland beschränkt oder sogar ganz eingestellt. Ebenso in Weissrussland. Besonders herausfordernd ist das für Unternehmen mit Mitarbeitenden vor Ort. Kühne + Nagel etwa zählt in Russland rund 1000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Doch nun habe man sämtliche Lieferungen nach und aus Russland eingestellt, teilt die Firma aus Schindellegi SZ mit. Ausgenommen seien nur medizinische und humanitäre Güter. Müssen die Mitarbeitenden deswegen um ihre Jobs fürchten?

LOHN TROTZ BOYCOTT

Zumindest vorerst nicht: Alle Anstellungsverhältnisse bestünden unverändert, sagt ein Pressesprecher auf Anfrage. Das gelte auch für die 500 Mitarbeitenden in der Ukraine, wo sämtliche Aktivitäten ruhen. Gleich handelt der Landmaschinenhersteller Bucher aus Niederweningen ZH. Sein Kiewer Vertriebsstandort mit 30 Mitarbeitenden musste schliessen. Nach wie vor in Betrieb sind hingegen zwei Montagewerke in Russland mit insgesamt 150 Mitarbeitenden. Bucher teilt aber mit, zurzeit keine Maschinen mehr ins Land zu liefern. Dennoch bleibe die Firma vor Ort, «um die Landwirte mit Ersatzteilen und Services zu versorgen, damit sie zur Produktion von lebensnotwendigen Nahrungsmitteln beitragen können.» Und: «Die Mitarbeitenden bleiben unsere Mitarbeitenden und erhalten weiterhin ihren Lohn.»

Auch der Chemiekonzern Clariant aus Muttenz BL hat das Russland-Geschäft eingestellt. Clariant betont aber, allen vertraglichen Verpflichtungen gegenüber seinen 54 Moskauer Mitarbeitenden nachzukommen. Dazu gehöre auch die Lohnfortzahlung.

ABB UND HOLCIM BEDECKT

Weniger eindeutig äussert sich der Elektrotechnikkonzern ABB: In Russland habe man 750 Mitarbeitende, nehme aber «bis auf weiteres keine neuen Aufträge in Russland und Weissrussland entgegen». Und künftig würden die dortigen Geschäftsaktivitäten weitgehend eingestellt. Was das für die betroffene Belegschaft bedeutet, scheint indes unklar: ABB schreibt, man küm-

mere sich um das Wohlergehen «aller Mitarbeitenden weltweit». Und: «Wir äussern uns derzeit nicht weiter zu diesem Thema.» Vage bleibt auch der Zuger Baustoffriese Holcim: «Wir haben beschlossen, die Kapitalinvestitionen in Russland auszusetzen und nicht von der Präsenz auf diesem Markt zu profitieren.» Die Frage nach den Konsequenzen für die 1000 russischen Holcim-Mitarbeitenden blieb jedoch unbeantwortet. Es sei «zu früh, die Entwicklung weiter zu kommentieren».

STADLER RAIL BAUT AB

Schon weiter ist da der Thurgauer Zugerhersteller Stadler Rail. Dieser betreibt im weissrussischen Fanipol bei Minsk ein Werk mit 1100 Mitarbeitenden. Weil aber Machthaber Alexander Lukaschenko die russische Invasion unterstützt, hat Stadler-Rail-Chef Peter Spuhler drastische Massnahmen angekündigt: Die Fabrik in Fanipol werde heruntergefahren. Aufträge würden in die EU und in die Schweiz verlagert. Und gegenüber work sagt

«Die Mitarbeitenden bleiben unsere Mitarbeitenden und erhalten weiterhin ihren Lohn.»

LANDMASCHINENHERSTELLER
BUCHER

ein Stadler-Sprecher: «Der zwangsläufig erforderliche Stellenabbau erfolgt, wo dies möglich ist, mit Kurzarbeit sowie im Rahmen eines Sozialplans.»

Gegenüber «Blick» sagte Spuhler, da die staatliche Kurzarbeitsentschädigung in Weissrussland sehr gering sei, zahle Stadler Rail zusätzlich und freiwillig einen entsprechenden Betrag drauf: «Schliesslich sind wir auch für unsere weissrussischen Mitarbeitenden verantwortlich.» Ausserdem prüfe man den Einsatz von Mitarbeitenden aus Weissrussland in Stadler-Werken im Ausland und in anderen lokalen Firmen. Die Sicherheit und das Wohlergehen der Mitarbeitenden stehe im Vordergrund – trotz der Sanktionen. Klar ist aber auch: Ganz aufgeben will Spuhler Weissrussland nicht. Schliesslich hat er erst 2018 gut 40 Millionen Franken in das Fanipoler Werk investiert.

Firmen ziehen ab: Das sind die Folgen

Die Wirtschaftssanktionen treffen zunehmend Russlands Werktätige. Nun droht Moskau westlichen Managern mit dem Strafrecht.

JONAS KOMPOSCH

Nicht nur die Ukraine «befreien» wolle er, sondern auch Russland «verteidigen». So begründet Wladimir Putin seine Invasion in die Ukraine. In Wahrheit stürzt der Kreml-Herrscher mit seinem Feldzug gleich beide Länder ins Verderben: Lieferketten sind unterbrochen, Handelspartner wenden sich ab, und die Sanktionen werden immer zahlreicher. Bald wird das nicht mehr

Putin hat den einst vorbildlichen sowjetischen Arbeitnehmerschutz ausgehöhlt.

nur Oligarchen nerven, sondern insbesondere die lohnabhängige Bevölkerung treffen. Denn das russische Arbeitsrecht entspricht längst nicht mehr sowjetischen Standards: Der einst vorbildliche Arbeitnehmerschutz ist auch unter Putin ausgehöhlt worden. Arbeitende müssen sich daher warm anziehen, wenn nun Aufträge wegbrechen und Geschäfte schliessen. Zwar kennt auch Russland das Mittel der Kurzarbeit. Doch garantiert dieses bloss zwei Drittel des üblichen Gehalts. Und bei Massenentlassungen muss zwar die zuständige Gewerkschaft drei Monate zuvor informiert werden. Doch die vorgeschriebenen Abgangsschadigungen betragen nur 1 bis 3 Monatslöhne. Und durch gestaffelte Personalreduktionen können Massenentlassungen leicht umgangen werden, wie das etwa auch in der Schweiz üblich ist – einschliesslich Wegfalls der entsprechenden Abfindungen.

VERSTAATLICHUNG ANGEDROHT

Manager dürfen ausserdem «höhere Gewalt» geltend machen, um Kündigungen zu rechtfertigen. Darunter fallen nach russischem Recht explizit auch Kriegshandlungen. Immerhin:



TÖDLICHES GESCHOSS: Überreste einer russischen Streubombe in der ukrainischen Stadt Charkiw. Sie tötete mindestens sieben Menschen. FOTO: EDDY VAN WESSEL

Halbstaatliche und staatliche Firmen verfügen immer noch über eine ausgebaute Betriebsfürsorge. Doch gerade die westlichen Firmen, die jetzt zunehmend das Weite suchen, gewähren oft nur das gesetzliche Minimum. Vor diesem Hintergrund hat Moskau nun mit Vergeltung gedroht. Am 8. März präsentierte das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung einen Gesetzesentwurf: Firmen, die Russland den Rücken kehren, sollen unter Zwangsverwaltung kommen oder gleich ganz verstaatlicht werden. Sogar strafrechtliche Konsequenzen drohen solchen Managern, die eine Firma komplett schliessen wollen. Ein solches Verhalten könne in Einzelfällen als «Akt der Gefährdung der nationalen Sicherheit» betrachtet werden. Das befand kürzlich der russische Vizepremierminister Andrei Beloussow. Mindestens aber handle es sich um «vorsätzliches Herbeiführen eines Bankrotts». Dies kann nach geltendem Recht mit bis zu sieben Jahren Haft geahndet werden.



... Fortsetzung von Seite 8
**Wer in diesem Land
die Arbeit macht**

Fotomonteur Lienhard holt die Heiligen von ihren Sockeln und stellt sie in den Alltag, aus dem sie einst auf die Sockel gehoben wurden. Und erhöht gleichzeitig die Tätigkeiten, die sie ausführen (müssen). Oder anders ausgedrückt: Der Protestant Lienhard stellt die katholischen Säulenheiligen vom Kopf auf die Füße. Auch in den von ihm verfassten Begleittexten zu seinen Bildern. Sie beschreiben die Arbeits- und Lebensrealitäten von Kurierern, Verpackerinnen, Reinigerinnen, Lastwagenfahrern und Verkäuferinnen (auf dieser Seite die heilige Margareta als Pflegerin auf der Intensivstation). Daniel Lienhard sagt dazu: «Die Dramen der Ungerechtigkeit kommen nicht im Verborgenen zur Aufführung, sondern vor unseren Augen. Sie sind Teil unseres Systems und damit Teil unseres Alltags.»

Die «Welt-Heiligen» sind noch bis zum 21. April in der Zürcher Predigerkirche zu sehen **predigern.ch**. Die Sujets sind auch als Kartensammlung erhältlich an der Ausstellung oder über die Website des Künstlers **lienhardillustrator.com**.



IN DECKUNG: Nahe der Frontlinie in der Stadt Charkiw harret ein Zivilist in einem Keller aus. Ohne Sonnenlicht und frische Luft. FOTO: EDDY VAN WESSEL

Ukraine-Spenden: Nützliche Tipps

Was können Sie tun, um die Not der Tausende Flüchtlinge aus der Ukraine zu lindern? work hat einige nützliche Infos zusammengestellt. Orientierung für Spenderinnen und Spender bietet die NGO-Kontrollorganisation Zewo. Sie hat speziell für die Ukraine-Solidarität eine Liste mit vertrauenswürdigen Hilfswerken veröffentlicht (zewo.ch). Alle dort aufgeführten Organisationen bieten auf ihren Websites unkomplizierte Spendenmöglichkeiten an.

Helvetas rät Privaten ab, selber Hilfsgüter an die Grenzen zu bringen.

fürten Organisationen bieten auf ihren Websites unkomplizierte Spendenmöglichkeiten an.

GELD STATT KLEIDER. Das gewerkschaftsnahe Hilfswerk Solidar Suisse (solidar.ch), zu dessen regelmäßigen Spenderinnen die Unia gehört, arbeitet in Rumänien zurzeit mit zwei Organisationen zusammen, die sich seit längerem um Migrantinnen und Migranten kümmern. Auch die europäischen Gewerkschaftsföderationen sammeln Spenden für ihre Solidaritätsarbeit: petitions.ituc-csi.org/support-ukraine-de.

Die Glückskette setzt ihre Spendensammlung für die Ukraine fort: IBAN CH82 0900 0000 1001 5000 6. Die Spenden werden von verschiedenen Hilfswerken für Notunterkünfte, Verpflegung und medizinische Soforthilfe in den Anrainerstaaten Polen, Slowakei, Ungarn, Rumänien und Moldawien verteilt.

Das parteipolitisch und konfessionell unabhängige Hilfswerk Helvetas (helvetas.org) konzentriert sich auf Hilfe in Moldawien, dem Land, das im Verhältnis zu sei-



Arbeitende blockieren Waffen- und Öllieferungen

Sie streuen Sand ins Kriegsgetriebe

Was tun gegen den Krieg in der Ukraine? Auf der ganzen Welt zeigen Flughafenbeschäftigte, Eisenbahnerinnen und Hafentarbeiter, was alles möglich ist.

PATRICIA D'INCAU

Damit hatten die Arbeitenden am Flughafen Galileo Galilei in Pisa in Italien wohl kaum gerechnet: Mitte März entdeckten sie in den Frachtkisten, mit denen sie das Flugzeug beladen sollten, nicht etwa Lebensmittel und Medikamente für die ukrainische Zivil-

In England boykottieren die hässigen Docker russisches Gas.

bevölkerung. Sondern Waffen, Munition und Sprengstoff. Material, das das italienische Parlament zur ukrainischen Kriegsversorgung genehmigt hatte. Über einen Nato-Stützpunkt in Polen sollte es ins Krisengebiet geschickt werden. Und das von einem zivilen Flughafen in der Toscana aus. Ein Schock für die Arbeitenden.

Prompt weigerten sie sich, die tödliche Fracht zu verladen, und schalteten die Basisgewerkschaft USB ein. Diese machte den Vorfall publik und forderte: «Diese als «humanitäre» Hilfe getarnten Todesflüge müssen sofort gestoppt werden!» Denn: Die Waffenlieferung nährt eine Kriegsspirale, die sich nur durch einen sofortigen Waffenstillstand und durch Friedensgespräche beenden liesse. Und sicher nicht mit Waffen! In ihrem gepfefferten Statement warf die USB den Verantwortlichen vor, den Krieg unter einem «humanitären Deckmantel» weiter anzuhetzen. Das wirkte. Zwei Tage später versprach Flughafenchef Marco Carrai öffentlich: Solche Transporte würden nicht mehr vorkommen.

SABOTIERTE BAHNLINIEN

Auch andernorts streuen Arbeitende offenbar Sand ins Kriegsgetriebe. Auf Twitter machen Meldungen die Runde, nach denen weissrussische Eisenbahnerinnen und Eisenbahner mehrere Zugstrecken sabotiert haben sollen. Ihr Ziel: zu verhindern, dass Russland seine Truppen mit Nachschub versorgen kann.

Weissrussland ist ein logistisch wichtiger Knotenpunkt in diesem

Krieg. Und Präsident Alexander Lukaschenko ein enger Verbündeter von Wladimir Putin. Seit Wochen geht deshalb die Angst um, dass Weissrussland in den Krieg eintreten könnte. Offene Proteste gibt es aber kaum. Umso mehr werden die Sabotage-Meldungen deshalb in den sozialen Medien gefeiert. Verbreitet werden sie vor allem von der weissrussischen Opposition.

Etwa von Franak Viačorka, dem engsten Berater der Oppositionsführerin Sviatlana Zichanouskaja. Er veröffentlichte eine Karte mit mehreren Bahnhöfen, an denen Arbeitende russische Kriegslieferungen sabotiert hätten. Kurz zuvor hatte auch der ukrainische Bahnchef den weissrussischen Eisenbahnerinnen und Eisenbahner für ihre Aktionen gedankt und gesagt, die Zugverbindungen zwischen Weissrussland und der Ukraine seien eingestellt.

Wie viel davon stimmt, ist unklar. Unabhängige Quellen fehlen. Sicher ist allerdings, dass weiterhin russisches Kriegsgerät auf Zügen durch Weissrussland rollt. Das zeigen Bilder des Twitter-Accounts «Motolko Help», der die Rüstungsendungen umfassend dokumentiert. Hinter dem Account

steht der regierungskritische weissrussische Blogger Anton Motolko.

BLOCKIERTE HÄFEN

Nachweislich Erfolg hatten dafür die Hafentarbeiter in England. Gleich zwei Mal gelang es ihnen, die Lieferung von russischem Öl und Gas zu verhindern. Am 2. März drohten die Docker in Kent mit einer Rebellion, falls von ihnen verlangt würde, russisches Flüssiggas zu entladen. Das wirkte. Der Gastanker fuhr stattdessen weiter in Richtung Norwegen. Vier Tage später taten es Hafentarbeiter im Nordwesten von England ihren Kollegen gleich: Sie weigerten sich, russisches Öl von einem deutschen Schiff zu entladen. Auch hier musste das Schiff weiterziehen.

Weltweit folgen Transportgewerkschaften dem Aufruf zum Boykott. Wobei sich der Protest «nicht gegen die russischen Crews» richtet, sondern gegen die Aggressionen von Präsident Putin, wie es seitens der Internationalen Vereinigung der Transportgewerkschaften (ITF) heisst. Mit einem eindringlichen Appell fordert sie Russland und die Ukraine, aber auch die EU und Nato-Staaten dazu auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um zu deeskalisieren und den Krieg sofort zu beenden.



SOLIDAR
SUISSE

nen Einwohnerinnen und Einwohnern die meisten ukrainischen Flüchtlinge aufgenommen hat.

Helvetas rät Privaten davon ab, selbst an die ukrainische Grenze zu fahren, dabei die überlasteten Strassen zu blockieren und nach eigenem Gutdünken gesammelte Hilfsgüter zu liefern, die nicht gebraucht oder nur mit grossen Schwierigkeiten verteilt werden können. Vernünftiger sei es, Hilfswerke finanziell zu unterstützen, die ihre Arbeit mit lokalen Organisationen koordinieren.

RECHTSHILFE. Begleitung bei Behördengängen bietet in Bern die Rechtsberatungsstelle für Menschen in Not (Eigerplatz 5, 3007 Bern, Tel: 031 385 18 20, rechtsberatungsstelle.ch). Sie vermittelt auch Kontakte zu Anwältinnen und Anwälten. Entsprechende Unterstützung bietet auch die Schweizerische Flüchtlingshilfe an (fluechtlingshilfe.ch).

PRIVATE UNTERKÜNFTE. Die Flüchtlingshilfe vermittelt ausserdem Unterkünfte für Flüchtlinge bei Privaten. Dazu hat die Petitionsplattform Campax (act.campax.org) bereits Angebote von Haushalten und Betten gesammelt. (ms)

Bern, Schützenmatte

**Kundgebung
für den Frieden**

2. April, 13:30 Uhr

Sanktionen des Westens gegen russische Künstlerinnen und Künstler Keine Fabergé-Eier, kein Tschaikowski mehr

Nicht alle Sanktionen gegen russische Kultur und russische Künstlerinnen, zu denen sich der Westen hinreissen lässt, sind nachvollziehbar. Einige sogar nur absurd.

MICHAEL STÖTZEL

Genau wissen wir es nicht, aber angeblich sollen bereits etwa 15 000 Russinnen und Russen nach Demonstrationen gegen den Krieg in der Ukraine verhaftet worden sein. Dies und die neuerliche Verurteilung des bekanntesten Oppositionellen Alexei Nawalny, diesmal zu besonders harten Haftbedingungen, dürften als Hinweise zu verstehen sein, wie es in Russland weitergehen soll. Und das Gerede des Putin-Vertrauten und Ex-Präsidenten Dmitri Medwedew über die Wiedereinführung der Todesstrafe ebenfalls. All jene, die in der Öffentlichkeit stehen, werden gewarnt sein: Wer sich nicht zum Putin-Regime und dessen Krieg bekennt, muss damit rechnen, zum Schweigen gebracht zu werden.

Genau umgekehrt im Westen: Russische Künstlerinnen und Künstler werden hier ultimativ zu Gesinnungsprüfungen einbestellt. Sie verlieren ihre Anstellungen und Auftrittsmöglichkeiten, wenn sie schweigen wie Waleri Gergijew, der bisherige Chefdirigent der Münchner Philharmoniker. Oder wenn sie nicht empört genug gegen Putins Krieg ledern wie die weltweit verehrte Sopranistin Anna Netrebko.

Ihr wurde zum Verhängnis, dass sie sich «gegen jeden Krieg» wandte. Das reiche nicht, erklärten die Stadtobere Münchens. Und sagten ihr

Konzert ab. Danach beendete auch der Musikkonzern Universal, der sie mahnagte und ihre Musik bisher herausgab, abrupt die Zusammenarbeit. Unter den vielen gestrichenen Konzerten Netrebkos ist auch ein Auftritt im Zürcher Opernhaus. Allerdings scheint dort eher die Sorge vor Protesten des Publikums ausschlaggebend als eine möglichst demonstrativ zur Schau gestellte Gesinnung der Veranstalter: Immerhin erklärten sie zu ihrer Absage: «Wir halten es grundsätzlich für unangemessen, aus der Perspektive einer westeuropäischen Demokratie die Entscheidungen und Handlungen von Bürgerinnen und Bürgern repressiver Regime zu beurteilen.»

ANTIRUSSISCHER FUROR

Der Kartause Ittingen TG reichte es sogar schon, die Cellistin Anastasia Kobekina auszuladen, die zwar den Krieg ihres Landes verurteilt hatte, aber eben Russin ist. Ein «klares Bekenntnis» nannten das die Verantwortlichen der Kartause.

Bei Netrebko und Gergijew ist schon lange bekannt, dass sie Putin nahestehen oder sich zumindest nicht gegen seine Umarmungen wehren. Gergijew wurde 2015 Chefdirigent in München, obgleich er im Jahr zuvor die russische Annexion der Krim begrüsst hatte. Das hinderte Deutschland, Italien die Niederlande und andere Staaten, in denen er dirigierte, nicht daran, ihn aufgrund seines Könnens mit Verdienstorden zu behängen. Jetzt wurde



UNTER BESCHUSS: Zerbombter Strassenzug in Charkiw, Ukraine, am 22. März 2022.

FOTO: EDDY VANS WESSEL



er überall vor die Tür gesetzt. Mag sein, dass er juristisch gegen seine Entlassungen vorgehen wird, seine Chancen stünden gut, da ihm niemand Vertragsbruch vorhalten kann.

KEINE STÄDTE-PARTNERSCHAFTEN

Andererseits kann er sich fast damit trösten, dass auch ein Grösserer seiner Zunft, der Komponist Pjotr Tschaikowski, bereits dem antirussischen Furor

zum Opfer fällt und seine beliebten Werke aus dem Programm gestrichen werden. Nur noch verrückt ist, wenn italienische Hochschulen überlegen, zur Bestrafung Putins Vorlesungen zum Werk Fjodor Dostojewskis abzusagen. Oder wenn das Londoner Victoria and Albert Museum überlegt, seine Ausstellung mit Objekten des Goldschmieds Carl Fabergé abzubuchen, darunter 15 von seinen 50 spektakulä-

ren Eiern. Begründung in all diesen Fällen: Es ginge darum, sich jetzt gegen «Putins Soft Power» zu wehren.

Zur «weichen Macht» des Kriegsherrn sollen offenbar auch die westeuropäisch-russischen Städtepartnerschaften gehören. Gerade in Deutschland hatten als Reaktion auf die verbrannte Erde Hitlers in der damaligen Sowjetunion 82 Städte solche Ko-

Italienische Hochschulen überlegen, Vorlesungen zum Werk Fjodor Dostojewskis abzusagen.

operationen abgeschlossen. Lokale Politgrössen spreizen sich jetzt mit dem Abbruch, zumindest der Aussetzung der entsprechenden Programme. Darunter das unter Russlands Geldadel traditionell beliebte Baden-Baden oder Hamburg und Karlsruhe. Dessen Oberbürgermeister Frank Mentrup (SPD) spricht (laut «Spiegel») von der «dringenden Notwendigkeit zu einer klaren und harten Ansage» an seine Städtepartner-Kollegen im knapp 50 000 Einwohnerinnen und Einwohner zählenden Torschok, nordwestlich von Moskau. Mentrup sollte vielleicht einmal mit Wolfsburgs Oberbürgermeister Dennis Weilmann (CDU) reden. Dessen Autostadt ist verbunden mit dem russischen Toljatti, benannt nach dem italienischen Kommunisten Palmiro Togliatti und Sitz der Autofirma Lada. Er wolle nun vermehrt den Kontakt zur Partnerstadt suchen, erklärte Weilmann. Denn es sei sein Ziel, «den Gedanken der Völkerverständigung auf kommunaler Ebene (zu) verfolgen.» Sprich: Jede Möglichkeit, nicht nur die Waffen sprechen zu lassen, ist zentral wichtig. Gerade im Krieg.

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Sparduschköpfe: So könnten wir den Verbrauch von russischem Gas und Öl um 100 Mio. Kilowattstunden senken!

Weniger Fleisch essen. Duschen statt baden. Neue Duschköpfe braucht das Land! Weil nichts unpolitisch ist.

Die letzte Folge dieser Rubrik gefiel einigen Leserinnen und Lesern gar nicht: Sie ging auf den Zusammenhang zwischen Krieg, Strom, Getreide und Hunger in den Ländern des Südens ein (rebrand.ly/strom-getreide-hunger). Und schlug vor: «Die reichen Länder könnten den Verbrauch von Getreide, Mais und Soja massiv senken, wenn wir weniger Fleisch ässen. Ein Schwein muss man mit mehr als 6 Kilo Getreide, Mais und Soja füttern, damit wir ein Kilo Schweinefleisch verzehren können. Deshalb müssten wir, bis Frieden einkehrt, weniger Fleisch, weniger Cervelats essen. Hart, aber wahr.» Es sei naiv anzunehmen, dass der Ukraine-Krieg aufhöre, wenn wir individuell weniger Fleisch ässen, meinten darauf einige kritische Stimmen. Es gehe heute um Krieg und Frieden und nicht um irgendwelche lächerlichen Speisepläne.

Vielleicht und vielleicht auch nicht. Fakt ist: Russland und die Ukraine exportieren viel Getreide. Finanziell schwache Länder, die auf Getreideimport angewiesen sind, stehen jetzt also vor einem doppelten Problem. Können sie noch genug Getreide kaufen? Und wie sollen sie die explodierenden Getreidepreise



GAS FÜR EUROPA: Arbeiter bei einer Erdgasbohrung für den russischen Staatskonzern Gazprom. FOTO: GETTY

nur bezahlen? Kriegstreiber Putin und seine Strategen haben das Problem erkannt: Sie exportieren deshalb gar kein Getreide mehr, um die drohende Hungerkrise zu verschärfen. Etwas polemisch auf den Punkt gebracht, gilt: Wir Schweizerinnen und Schweizer verfüttern den Schweinen das Getreide, das jenen 100 Millionen fehlt, die nächstens zusätzlich hungern werden.

Wer es politischer will, müsste fordern, dass pro Kopf und Jahr in der Schweiz nur mehr 30 Kilo Fleisch geschlachtet oder importiert werden dürfen. Damit würden wir jedes Jahr rund eine Million Tonnen weniger

Mais, Soja oder Getreide in Form von Fleisch verschlingen. Und könnten so fünf Millionen Menschen vor dem drohenden Hungertod retten. Noch vertritt niemand diese politischere Logik. Gegen den Hungertod: 30 Kilo Fleisch pro Jahr sind genug!

SPARDUSCHKÖPFE. Die Russen führen Krieg gegen die Ukraine. Die Saudis gegen Jemen. Ist es sinnvoll, auf Öl und Gas aus diesen beiden kriegführenden Diktaturen zu verzichten? Je schneller, desto besser. Aber selbst die deutschen Grünen wollen nicht auf das Russengas verzichten, und «ihr» Robert Habeck, seines Zeichens Kanz-

ler-Stellvertreter, buckelt vorbeugend vor den Katarern.

Einst schaffte Doris Leuthard den Sprung in den Nationalrat auch dank dem Werbeslogan «Duschen mit Doris». Heute wäre eine solche Werbung undenkbar, da anzüglich und sexistisch zugleich.

Immer mehr Menschen stellen sich inzwischen auch lieber am Morgen unter die Dusche, als dass sie abends in ein warmes Bad steigen. Sehr gut, denn Duschen braucht drei Mal weniger Wasser und Energie als Baden.

Wissenschaftliche Untersuchungen haben ergeben: Kampfduscher und Wohlfühluscherinnen stehen durchschnittlich 5 Minuten unter der Dusche. Und sie verbrauchen pro Minute 15 Liter Wasser.

Liebe work-Leserin, lieber work-Leser, wie sieht das bei Ihnen aus? Wie viele Liter Wasser pro Minute verbrauchen Sie und Ihre Brause? Und wie lange geniessen Sie durchschnittlich den warmen Schauer? Bitte messen und stoppen!

Denn dank dem technischen Fortschritt gibt es inzwischen endlich auch bessere Sparduschköpfe. Der «Kassensturz» von SRF hat die neuesten Produkte testen lassen. Mit Abstand am besten schnitt das Produkt «Tempesta 1003» von Grohe ab. Es halbiert faktisch den Wasser- und den Energieverbrauch beim Duschen. Bei Coop Bau und Hobby kostet ein

Duschkopf 47.95 Franken. Wer flächendeckend die ganze Verwandtschaft oder den Freundeskreis umrüsten will, bekommt das gleiche Produkt beim deutschen Onlineshop Reuter Professional für 20 Franken. Der Kassensturz müsste nachfassen.

Nun eine Rechnung: Öl- und Gasheizungen erwärmen das Wasser für 5 Millionen Schweizerinnen und Schweizer. Pro Jahr duschen Herr und Frau Schweizerin rund 273 Mal. Pro Dusche sparen alle, die Sparduschköpfe installieren, 1 Kilowattstunde fossile Energie. Zivilschutz und Armee müssten alle Haushalte besuchen gehen und die Duschköpfe austauschen. Das würde den Verbrauch von russischem Öl und Gas pro Jahr um 100 Millionen Kilowattstunden senken. Statt aufrüsten, umrüsten.

LINKS ZUM THEMA:

- rebrand.ly/Geld-fuer-die-Armee Ein super Artikel, der aufzeigt, dass wir im internationalen Vergleich sehr viel für die angeblich bereits beste Armee der Welt ausgeben. Anstatt aufzurüsten, würden wir besser umrüsten. Auf Duschspar-köpfe!
- rebrand.ly/reuter-shop Das ist der Shop.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

Packende Migrationsgeschichten von Reinigerinnen und Reinigern Sie putzen die Schweiz

In der Schweiz putzen vor allem Migrantinnen und Migranten. Autorin Marianne Pletscher hat mit ihnen gesprochen und schildert Lebensgeschichten, die unter die Haut gehen.

RALPH HUG

Bei Autorin Marianne Pletscher stehen die Menschen im Vordergrund. Die bekannte Journalistin und Dokumentarfilmerin ist eine Spezialistin für Schicksale und Lebensgeschichten. Und solche fand sie zuhauf in der Reinigungsbranche. Denn hier arbeiten sehr viele Migrantinnen und auch einige Migranten. Was diese zu erzählen haben, geht unter die Haut.

So Nura B. (52). Die Bosnierin hat den Krieg in Ex-Jugoslawien durchgemacht. Sie lebte in einem Dorf direkt

«Einmal stand ich zwei Meter von Ratko Mladic entfernt!»

NURA B., REINIGERIN AUS SREBRENICA

neben Srebrenica. Dem Ort, der zum Symbol für den jüngsten Massenmord in Europa wurde. Sie musste flüchten. «Einmal stand ich zwei Meter von Mladic entfernt!» so Nura. Blankes Entsetzen im Gesicht, als sie Autorin Marianne Pletscher davon erzählt. General Ratko Mladic ist der Hauptverantwortliche für das monströse Kriegsverbrechen, jetzt zu lebenslanger Haft verurteilt. Weil Nura nach dem Krieg für ihre Familie keine Existenz mehr sah, suchte sie Asyl in der Schweiz. Und so begann ihre Putzgeschichte.

UNSICHTBAR ALS SANS-PAPIERS Oder Habtemariam T. Er ist Eritreer und jetzt 33 Jahre alt. Wie so viele seiner Landsleute floh er vor der Zwangsrekrutierung des Regimes. Er sagt: «Man kann nicht Gott dienen und für eine Diktatur Militärdienst machen.» Habtemariam ist zwar Bauer, aber auch Seelsorger der eritreisch-orthodoxen Kirche. Er wurde im Dorf, in dem er aufwuchs, zum Priester aus-



REINIGERIN NURA B.: Nach dem Krieg in Ex-Jugoslawien floh sie mit ihrer Familie von Bosnien in die Schweiz. FOTO: MARC BACHMANN

gebildet. Seine Flucht über den Sudan und Libyen war mehr als abenteuerlich. Dank Schleppernetzwerken und ausreichend Geld gelang es ihm, in einem kleinen Boot mit 150 Personen übers Mittelmeer nach Italien zu kommen. «Ich sprach die ganze Zeit mit Gott, und er hat immer geholfen auf der ganzen Reise.» Jetzt arbeitet Habtemariam mal als Reiniger im Zürcher Schulhaus Fluntern, mal als Pizzakurier. Noch fehlt

ihm eine feste Stelle. Gerne würde er zurück in die Heimat. Aber nur ohne Diktatur. Die Aussichten sind schlecht.

Auch Anna, heute 64 Jahre alt, hat ein schweres Leben hinter sich. Sie kommt aus Südamerika. Mehr dürfen wir nicht wissen. Denn sie ist illegal in der Schweiz. Eine Sanspapiers. Sie hat gelernt, nicht aufzufallen, unsichtbar zu sein. Einmal ging es schief: Ein Polizist kontrollierte sie

und bemerkte die abgelaufenen Papiere. Anna ging in die Offensive und erzählte ihm ihre Geschichte – Verzweiflung, Flucht vor der Armut, Hoffnung auf ein besseres Leben. Das ging dem Beamten ans Herz, er liess sie ohne Anzeige laufen. Anna putzt seit Jahren in der Schweiz, musste viel untendurch und geriet oft in ausweglose Situationen. Doch immer wieder rappelte sie sich auf. Ihre Heimat sind das Colectivo Sin Papeles, eine Gruppe von spanischsprachigen Frauen mit dem gleichen Schicksal, und eine Kirchgemeinde, die ungenannt bleiben muss. Per Whatsapp kommuniziert sie mit ihrer Tochter zu Hause. Die jüngste Enkelin hat sie noch nie getroffen.

VIELE MISSBRÄUCHE

Es sind solche Lebensgeschichten, die Marianne Pletschers Buch «Wer putzt die Schweiz?» so spannend machen. «Migrationsgeschichten mit Stolz und Sprühwischer», wie es im Untertitel heisst. Dass die Schweiz so blitzblank ist, verdanken wir Migrantinnen und Migranten, die diesen Service täglich verrichten. Zu Tiefblöhen. Pletscher referiert in ihrem Buch viele Daten und Fakten zum Reinigungswesen, einer prekären Branche mit vielen Missbräuchen. Sie porträtiert auch drei Firmen, die es fair und ohne Ausbeutung versuchen, etwa Etcetera in Zürich oder Proper Job in Bern. Viel zum sehr schön aufgemachten Band tragen die Fotos von Marc Bachmann und ein Beitrag des engagierten Flüchtlingsanwalts Marc Spescha bei. Und nicht zuletzt glänzt das Buch mit einem literarischen Stück der Schriftstellerin Dragica Rajcic Holzner. Sie war einst selbst Putzfrau und auf der Suche nach einem besseren Leben.



Marianne Pletscher, Marc Bachmann, **Wer putzt die Schweiz?** 250 Seiten, Limmat-Verlag, Zürich 2022, ca. CHF 42.–.

Grosz-Ausstellung Anti-Kriegs-Zeichner

Mitten im Ersten Weltkrieg entstand in Zürich die Kunstbewegung des Dadaismus. 1917 erreichte Dada auch Berlin. Zu den dortigen Pionieren gehörte der Maler, Grafiker und Karikaturist Georg Ehrenfried Grosz. Aus Ekel vor dem deutschen Chauvinismus legte er seinen Taufnamen ab



und nannte sich fortan englisch George Grosz. Das militaristisch gesinnte Bürgertum provozierte er auch sonst gekonnt – besonders mit seinen populären Darstellungen von Offizieren, Pfaffen oder Grosskapitalisten. Später auch als Künstler im Dienst der kommunistischen Partei. Mit dieser brach er indes nach einer Audienz bei Lenin und Trotzki. Jede Form von Diktatur und Obrigkeitgläubigkeit war dem Berliner zuwider. Auch jene der Nazis, die 1933 sein Atelier stürmten. Jetzt kommen die Zeichnungen des grossen Grosz für eine Sonderausstellung nach Zürich.

Vernissage mit Ralph Jentsch, Direktor des George-Grosz-Nachlasses, 7. April, 18 Uhr, Galerie Meridian, Kirchgasse 30, Zürich. Finissage, 16. Juni, 18 Uhr, Rotes Antiquariat Zürich, Birmensdorferstrasse 107, Zürich.

Pestizid-Atlas Glyphosat im Bier

Die Menschheit vergiftet sich zunehmend selbst. Diese schmerzhafteste Erfahrung machten die Deutschen spätestens 2016: Forschende hatten in sämtlichen der 16 beliebtesten Biersorten des Landes zu hohe Rückstände von Glyphosat entdeckt – einem erbgutschädigenden und krebserregenden Pflanzenschutzmittel. Jetzt hält der neue Pestizidatlas von Public Eye auch der Schweiz den Spiegel vor: Hiesige Agrarflächen werden mit über fünf Tonnen Herbi-, Fungi- und Insektiziden getränkt – Tag für Tag! Die Basler Chemie freut's. Das und vieles mehr bringt der Pestizidatlas jetzt ans Licht – mit 21 brisanten Kurztexen und 52 Grafiken.

Pestizidatlas 2022, Heinrich-Böll-Stiftung und Public Eye (Hg.), 50 Seiten. Gratis bestellen oder downloaden: publiceye.ch/pestizidatlas

Glencore-Vortrag Schmutziges Kohlegeschäft

Während alle Welt den Kohleausstieg diskutiert, macht der Zuger Konzern Glencore Milliardengewinne mit dem Klimakiller. Etwa in Kolumbien, wo es rund um die Mine El Cerrejón zu verheerender Umwelterstörung und Gewalt gegen Indigene kommt. Jetzt will Glencore die bereits massiv vergrösserte Mine noch weiter ausbauen. Weil hierzu der Segen des Staates fehlt, droht der Multi mit einer Investitionsschutzklage gegen Kolumbien. Die Koalition für Konzernverantwortung organisiert nun eine Veranstaltungsreihe, an der Minen-Anwohner und eine kolumbianische Anwältin aus erster Hand berichten.

27. April, Markthalle Basel. 28. April, Neubad Luzern. 29. April, Volkshaus Zürich. 30. April, Alpines Museum Bern. Mehr Infos unter rebrand.ly/glencore

work1xl der wirtschaft

Hans Baumann



REKORD-AUSGABEN: DIE SCHWEIZ IST BEREITS HOCHGERÜSTET

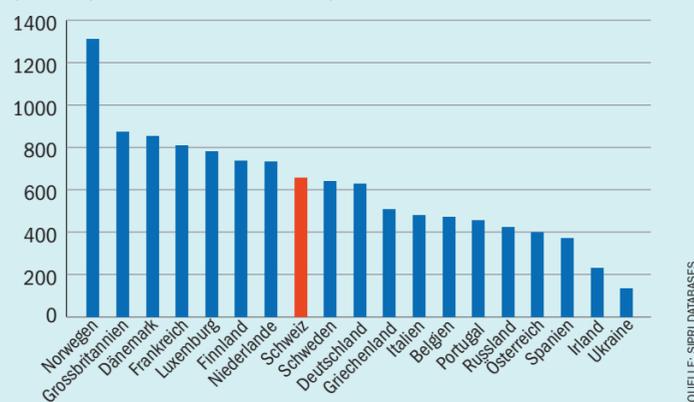
Angesichts des russischen Überfalls auf die Ukraine und der erschreckenden Kriegsbilder aus dieser Region werden die Stimmen nach Aufrüstung immer lauter, auch in der Schweiz. Es ist nachvollziehbar, dass viele Menschen jetzt Angst haben und das Sicherheitsbedürfnis steigt. Gleichzeitig ist aber offensichtlich, dass Konflikte nicht mit einem Ankurbeln der Rüstungsspirale, mit Waffengewalt und Krieg gelöst werden können.

RÜSTUNGSREKORD. Oft wird von der Rechten und der Rüstungslobby behauptet, es werde seit dem Fall der Mauer im Jahr 1989 immer weniger für das Militär ausgegeben. Die Fakten widerlegen dies deutlich. In der Schweiz erreichte der Rüstungsetat im Jahr 2020 mit 5,7 Milliarden Dollar (rund 5,4 Milliarden Franken) einen neuen Rekord. Zu Beginn der 1990er Jahre lagen die Militärausgaben bei gut 4 Milliarden pro Jahr, gingen dann zurück und erhöhten sich im neuen Jahrtausend wieder kontinuierlich. Im internationalen

Vergleich werden in der Schweiz die Rüstungsausgaben oft an ihrem Anteil am Bruttoinlandprodukt (BIP) gemessen und liegen so mit 0,8 Prozent des BIP eher tief. Dabei wird übersehen, dass die Schweiz im Verhältnis zur Bevölkerungszahl eines der höchsten BIP der Welt hat. Werden die Rüstungsausgaben pro Kopf der Bevölkerung gemessen, so wie es das renommierte Internationale Friedensinstitut in Stockholm SIPRI ausrechnet, sieht die Sache anders aus. Die Schweiz gehört hier mit 659 Dollar zu den Ländern mit den höchsten Pro-Kopf-Ausgaben. Die Militärausgaben sind höher als im Nachbar- und Natoland Deutschland und höher als im ebenfalls neutralen Schweden, das flächenmässig mehr als zehnmal grösser ist.

RICHTIG RECHNEN! In vielen Ländern beinhalten die Militärbudgets allerdings auch die Zivilschutzausgaben, in der Schweiz nicht. Zudem sind bei den Schweizer Zahlen die Militärausgaben der Kantone und Gemeinden

Rüstungsausgaben pro Kopf in US-Dollar 2020 (Westeuropa sowie Russland und Ukraine)



sowie die Versicherungs- und Erwerbsersatzleistungen nicht enthalten ([work berichtete: rebrand.ly/rückwärts-in-den-kalten-krieg](http://work.berichtete.rebrand.ly/rückwärts-in-den-kalten-krieg)). Zählt man diese Leistungen hinzu, dürfte die Schweiz Pro-Kopf-Militärausgaben von über 900 Dollar aufweisen und damit in Europa nur noch

vom Natoland Norwegen übertroffen werden. Die Schweiz ist bereits heute hochgerüstet. Ein weiterer Ausbau der Armee würde die Rüstungsspirale ankurbeln und wäre kein Beitrag zur Friedenssicherung.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.



Das offene Ohr

Myriam Muff von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Kinderzulagen: Muss ich dafür AHV-Beiträge bezahlen?

Für meine beiden Kinder erhalte ich mit dem Lohn pro Monat 400 Franken Familienzulagen. Davon zieht mir meine Chefin aber noch die Sozialversicherungsbeiträge ab. Ist das rechtlich in Ordnung?

MYRIAM MUFF: Nein. Die Sozialversicherungsbeiträge (für AHV, Invalidenversicherung, Erwerbsersatz und Arbeitslosenversicherung) werden vom sogenannten Erwerbseinkommen abgezogen. Dazu gehören neben dem gewöhnlichen Lohn beispielsweise auch Entschädigungen für Überzeit, Nacht- und Sonntagsarbeit oder Teuerungszulagen. Auch Gratifikationen, Leistungsprämien sowie Ferien- und



GELD FÜR DIE FAMILIE: Für die Kinderzulagen müssen Sie keine Sozialabzüge bezahlen. FOTO: ADOBE STOCK

Feiertagsentschädigungen fallen darunter. Nicht zum Erwerbseinkommen gehören aber (nach Artikel 6 der Verordnung zum AHV-Gesetz) die Familienzulagen wie Kinder- oder Ausbildungszulagen. Hier darf Ihre Chefin also keine Sozialversicherungsabzüge vornehmen. Übrigens: Auch Versicherungsstaggelder bei Unfall oder Krankheit gehören nicht zum Erwerbseinkommen. Deshalb sind auch hier keine Sozialversicherungsabzüge zulässig.

Neuer Chef: Soll ich ein Zwischenzeugnis verlangen?

Ich arbeite seit neun Jahren im gleichen Betrieb. Nun wird mein direkter Vorgesetzter, mit dem ich mich immer sehr gut verstanden habe, pensioniert. Sein Posten wurde bereits von einem neuen Mitarbeiter übernommen. Da ich nicht weiss, was dieser Vorgesetztenwechsel sonst noch für Änderungen nach sich zieht, bin ich etwas unsicher. Soll ich bei meinem jetzigen Chef ein Zwischenzeugnis verlangen?

MYRIAM MUFF: Ja. Wenn personelle Veränderungen wie Wechsel des oder der Vorgesetzten bevorstehen oder wenn eine innerbetriebliche Versetzung vorgenommen wird, ist es ratsam, sich ein Zwischenzeugnis ausstellen zu lassen. Ein Zwischenzeugnis ist auch dann sehr wichtig, wenn keine regelmässigen schriftlichen Zwischenqualifikationen vorgenommen werden. Der Arbeitnehmer kann damit bei Meinungsverschiedenheiten über den Inhalt des Schlusszeugnisses beweisen, wie seine Leistungen und sein Verhalten während des Arbeitsverhältnisses beurteilt wurden. Angenommen, Sie würden mit dem Vorgesetztenwechsel in eine andere Abteilung versetzt, entlassen oder möchten aufgrund des Wechsels die Stelle selbst kündigen, dann hätten Sie niemanden, der über Ihre Leistungen wirklich Bescheid weiss. Deshalb empfiehlt es sich, immer ein Zwischenzeugnis zu verlangen. Sie haben übrigens jederzeit das Recht, ein Arbeitszeugnis zu verlangen. Erklären Sie Ihrem Vorgesetzten, warum Sie ein Zwischenzeugnis möchten, damit es keine Missverständnisse gibt.

Mehrfachbeschäftigung: Kann man mir den Zweitjob verbieten? Und worauf

Mehr als ein Job – mehr als eine Frage!

Rund acht Prozent aller Erwerbstätigen in der Schweiz sind mehrfachbeschäftigt. Wenn Sie für mehrere Firmen arbeiten, müssen Sie einige Regeln beachten – und Ihre Rechte kennen.

MARTIN JAKOB

Die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die für mehr als einen Betrieb tätig sind, nimmt zu. Waren vor 30 Jahren noch 4 Prozent aller Erwerbstätigen mehrfachbeschäftigt, sind es heute bereits rund 8 Prozent. Bei Männern liegt der Anteil tiefer, bei Frauen höher, nämlich über 10 Prozent. Denn immer mehr Firmen schreiben lieber Teilzeitsjobs aus. Wer auf mehr Geld im Portemonnaie angewiesen ist, muss sich nach einer zweiten Beschäftigung umsehen.

GRUNDSÄTZLICH ERLAUBT

Ob Sie einen Zweitjob annehmen wollen, ist grundsätzlich Ihr Entscheid. Allerdings gibt es Einschränkungen. Die erste steht im Obligationenrecht: «Während der Dauer des Arbeitsverhältnisses darf der Arbeitnehmer keine Ar-

Am besten vermeiden Sie jede Form von Konkurrenzverboten.

beit gegen Entgelt für einen Dritten leisten, soweit er dadurch seine Treupflicht verletzt, insbesondere den Arbeitgeber konkurrenziert» (Art. 321 a).

Bei Teilzeitsjobs gilt dieses Verbot jedoch nur mit klaren Absichten. Eine Firma, die Sie Teilzeit anstellt, muss schliesslich davon ausgehen, dass Sie einer weiteren Beschäftigung nachgehen wollen oder müssen. Sind Sie zum Beispiel halbtags als Kassierin in einem Supermarkt tätig, spricht nichts dagegen, einen ähnlichen Zweitjob bei einem Mitbewerber anzunehmen.

Anders sieht es aus, wenn Sie mit Betriebsgeheimnissen in Berührung kommen. Entwickeln Sie zum Beispiel in Ihrem Erstjob Buchhaltungssoftware für ein IT-Unternehmen, wäre es eine Verletzung der Treupflicht, den gleichen Job in der Konkurrenzfirma auszuüben, deren Produkte um

die gleichen Kundinnen und Kunden kämpfen.

Manche Anstellungsverträge enthalten zusätzlich ein ausdrückliches Konkurrenzverbot. Dieses muss aber klar eingegrenzt sein und ist nur verbindlich, wenn die angestellte Person überhaupt Einblick in den Kundenkreis oder in Fabrikations- und Geschäftsgeheimnisse erhält und die Verwendung dieser Kenntnisse den Arbeitgeber erheblich schädigen könnte. Dennoch: Lassen Sie sich vor Unterzeichnung eines Konkurrenzverbotes immer von Ihrer Unia rechtlich beraten!

Ausser durch Konkurrenzierung kann eine Verletzung der Treupflicht auch durch andere Umstände gegeben sein. Zum Beispiel muss sich keine Firma gefallen lassen, dass Sie wegen Ihres Zweitjobs übermüdet zur Arbeit kommen. Das führt zur zweiten Einschränkung: In der Summe Ihrer Beschäftigungen darf die nach Arbeitsgesetz maximale Arbeitszeit nicht überschritten werden, und auch die Ruhezeiten sind einzuhalten. Das heisst: Die Wochenarbeitszeit darf maximal 50 Stunden (Industrie: 45 Stunden) betragen, die tägliche Ruhezeit darf nicht unter 11 Stunden liegen.

TRANSPARENT INFORMIEREN

Die eine Firma zu informieren, dass man einen Zweitjob hat, ist keine Pflicht von Rechts wegen, steht aber vielleicht im Arbeitsvertrag. Zu empfehlen ist es so oder so. Denn wenn Sie mit offenen Karten spielen, wissen beide Firmen, dass sie nicht nach Belieben über Ihre Zeit verfügen können. Sie zeigen auch eher Verständnis, wenn Feriendaten zu koordinieren sind oder Sie einmal von den üblichen Arbeitszeiten abweichen wollen.

Vorteile können sich überdies bei der Pensionskasse ergeben (siehe Text rechts).

VORSORGE, VERSICHERUNG

Ob eine oder mehrere Anstellungen gleichzeitig: bei jedem Lohn,



WORKTIPP

KLEINE PENSEN, VIELE PFLICHTEN

Seien Sie vorsichtig, wenn Sie eine Stelle angeboten erhalten, die Ihnen nur ein kleines Pensum offeriert, gleichzeitig aber grosse Flexibilität bezüglich Ihrer Arbeitseinsätze fordert und vielleicht sogar mit einem Konkurrenzverbot verbunden ist. Denn im schlechtesten Fall bedeutet dies ein massives Handicap bei der Suche nach einer oder mehreren weiteren Teilzeitschäftigungen. Falls Sie auf eine zweite Stelle angewiesen sind, sollten Sie weder an ein Konkurrenzverbot gebunden sein noch bei der einen oder sogar bei beiden Stellen unberechenbare Einsatzzeiten haben. (jk)

sicherte, die ihre Vollzeitstelle verlieren. Das frühere Gesamteinkommen aus allen Jobs gilt dann als versicherter Verdienst, die verbleibenden Stellen werden als Zwischenverdienst betrachtet. Mit dem Bezug der Arbeitslosenentschädigung verpflichtet Sie sich, eine neue Teilzeitstelle im bisherigen Umfang zu suchen.

Gegen Arbeitsunfall und Unfälle auf dem Arbeitsweg sind Sie in jedem Job von der ersten Arbeitsstunde an versichert, der Abschluss dieser Versicherung ist für die Firmen Pflicht. Freizeitunfälle sind aber nur in jenen Firmen mitversichert, in denen Sie min-

muss ich bei Versicherungen achten?

TEILZEIT UND PENSIONSASSE

GROSSE LÜCKE

Das Gesetz über die berufliche Vorsorge (BVG) enthält mehr als einen Konstruktionsfehler. Für Teilzeitarbeitende der schlimmste ist der sogenannte Koordinationsabzug. Er beträgt zurzeit 25 095 Franken und wird bei der Berechnung der Pensionskassenbeiträge vom Jahreslohn abgezogen, den Sie in einem Job erzielen. Verdienen Sie also in zwei Jobs in zwei verschiedenen Firmen je 40 000 Franken, reduzieren beide Pensionskassen den versicherten Lohn auf je 15 000 Franken – von Ihren rund 80 000 Lohnfranken bleiben unterm Strich nur 30 000 Franken, auf denen Sie und die Firma Sparbeiträge für die zweite Säule einzahlen. Entsprechend mager fällt später einmal Ihre Rente aus. Was können Sie tun?

- Es gibt Firmen, deren Pensionskasse den Koordinationsabzug für Teilzeitschäftigte freiwillig proportional reduziert – er beträgt dann beispielsweise bei einer 50-Prozent-Anstellung nur 12 550 Franken. Fragen Sie bei der Bewerbung deshalb auch nach der Pensionskassenregelung bei Teilzeit, und bevorzugen Sie jene Firma, die ein faires Reglement hat.

- Falls es die Reglemente der verschiedenen Kassen zulassen, können Sie die Pensionskasse eines Arbeitgebers als BVG-Stelle angeben und die restlichen Kassen bitten, die Beiträge dort einzuzahlen.
- Falls Ihr bei mehreren Firmen erzielter Jahreslohn höher liegt als die Eintrittsschwelle von 21 510 Franken (Stand 2022), können Sie sich zur individuellen Vorsorgeversicherung bei der Auffangeinrichtung des Bundes anmelden. Sobald Sie über ein Konto dort verfügen und dies den Firmen melden, werden diese beitragspflichtig (www.aeis.ch). (jk)

HEUTE HIER, MORGEN DORT: In der Schweiz hat jede zehnte berufstätige Frau mehr als einen Job gleichzeitig. FOTO: GETTY

destens acht Stunden pro Woche arbeiten.

Ist es Ihnen wegen einer Erkrankung nicht möglich, zur Ar-

Das Recht auf Arbeitslosenentschädigung gilt auch für Teilzeitsjobs.

beit zu erscheinen, müssen Sie dies allen Firmen, für die Sie tätig sind, melden und deren Vorschriften zur Vorlage eines Krankheitszeugnisses erfüllen. Verfügen alle Firmen über eine Krankentaggeldversicherung, haben Sie genau wie Vollzeitangestellte während der

krankheitsbedingten Absenz den auf diese Zeit entfallenden Lohn zugute (je nach Versicherung 80 bis 100 Prozent des vertraglichen Lohns während bis zu zwei Jahren). Auch eine Firma ohne Krankentaggeldversicherung ist zur Lohnfortzahlung verpflichtet. Dann gilt, was im Arbeitsvertrag steht, mindestens aber das Gesetz: In den ersten drei Monaten eines neuen Arbeitsverhältnisses ist keine Lohnfortzahlung geschuldet, im ersten Dienstjahr sind es mindestens drei Wochen. Mit dem Dienstalter nimmt auch die Zahlungsdauer zu und kann bis zu etwa einem halben Jahr reichen.

Eine maximale AHV-Rente gibt's für Vielverdiener. Aber ist das auch die volle Rente? Schmerzhaft wie Zahnweh: Beitragslücken



LÖCHRIGE VORSORGE? Fehlen Ihnen in der AHV Beitragsjahre, wird dafür Ihre Rente gekürzt. Sie erhalten dann nur eine sogenannte Teilrente. FOTO: GETTY

Versicherungsdeutsch ist Kauderwelsch. Zum Beispiel bei der AHV: maximale und volle Rente sind dort zwei Paar Schuhe.

MARTIN JAKOB

«Ach, du hast doch immer sehr gut verdient, das gibt sicher eine volle Rente!» Mag sein, muss aber nicht. Denn unter einer vollen Rente versteht die AHV jene Rente, die alle zugute haben, die zwischen ihrem vollendeten 20. und dem 64. Altersjahr – also während insgesamt 44 Jahren – ohne Unterbruch Beiträge bezahlt haben. Weist Ihr AHV-Konto Jahre auf, in welchen keine Beiträge geflossen sind, entstehen sogenannte Beitragslücken. Diese führen zu Renten Kürzungen, und zwar um 1/44 pro fehlendes Jahr, das

entspricht fast 2,3 Prozent pro Jahr. Die AHV spricht dann von einer Teilrente – und die ist auch bei Versicherten, die in ihren Beitragsjahren jeweils sehr gute Löhne hatten, nie so hoch wie die maximale Vollrente.

Eine maximale Rente hingegen erreicht, wer im Durchschnitt seiner Beitragsjahre 86 040 Franken versicherten Lohn pro Jahr aufweist (wobei zurückliegende Löhne der Teuerung entsprechend hochgerechnet werden). Die maximale Vollrente von aktuell 2390 Franken pro Monat wird aber nur erreicht, wenn keine Beitragslücken vorliegen. Das gleiche gilt für die minimale Rente: Auch diese – derzeit 1195 Franken pro Monat (entsprechend einem Durchschnittsverdienst unter 21 510 Franken pro Jahr) –

erhält nur, wer keine Beitragslücken aufweist.

LÜCKEN SCHLIESSEN. Beitragslücken entstehen zum Beispiel, wenn jemand länger im Ausland war. Oder zwar in der Schweiz war, aber die jährlichen Mindestbeiträge nicht entrichtet hat. Mindestbeiträge werden unter Umständen für Personen fällig, die selber nicht erwerbstätig sind oder in einem Jahr weniger als 4754 Franken mit Erwerbsarbeit verdienen. Das kann während des Studiums der Fall sein, aber auch bei Ehefrauen oder Ehemännern von Pensionierten, die selber noch nicht im Rentenalter sind. Im klassischen Ehemodell hingegen – der eine Partner arbeitet voll, der andere übernimmt Erziehung und Haushalt

– entstehen selten Lücken: Bezahlt der erwerbstätige Partner mindestens 1006 Franken AHV-Beiträge pro Jahr, gilt die Beitragspflicht beider Partner als erfüllt. Tipp: Falls Sie keine AHV-Beiträge bezahlen und auch Ihr Ehepartner nicht erwerbstätig ist, melden Sie sich bei der AHV. Denn es ist Sache der Versicherten, sich um ihre Beitragspflicht zu kümmern. Unter Umständen ist es auch empfehlenswert, freiwillig Beiträge einzuzahlen, während man im Ausland lebt (siehe Merkblatt: rebrand.ly/ahvausland).

WENN DIE FIRMA NICHT ZAHLT. Tückisch sind Lücken, die entstehen, wenn Firmen ihren Mitarbeitenden zwar AHV-Beiträge abziehen, diese aber nicht ordnungsgemäss melden. Schüt-

zen Sie sich dagegen, indem Sie einen kostenlosen Auszug aus Ihren individuellen Konten verlangen – jeweils sobald Sie einen Verdacht hegen, spätestens aber alle 4 bis 5 Jahre (siehe Text rechts). Hat Ihr Arbeitgeber Ih-

Beitragslücken lassen sich bis 5 Jahre zurück auffüllen.

ren Lohn nicht angegeben, verlangen Sie bei der AHV eine Berichtigung. Schicken Sie der Ausgleichskasse dazu Kopien der Lohnabrechnungen und des Arbeitsvertrags zu: Die fehlenden Beiträge werden Ihrer Rente bis fünf Jahre zurück angerechnet – unabhängig davon, ob die AHV ihre bisher entgangenen Guthaben bei der Firma einziehen kann oder nicht.

IHR AHV-KONTO

AUSZUG BESTELLEN

Eine kostenlose Aufstellung Ihrer bisherigen AHV-Beitragszahlungen haben Sie grundsätzlich jederzeit zugute. Mindestens alle 4 bis 5 Jahre sollten Sie einen Auszug bestellen. Denn Korrekturen (Nachträge nicht gemeldeter Löhne, Schliessen von Beitragslücken) lassen sich nur bis 5 Jahre zurück anbringen. Für Ihre Onlinebestellung: rebrand.ly/ahvauszug

saldotipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



BAUSTELLE INTERNET: Dank Baukastensystemen mit vorgefertigten Gestaltungsmodulen können Sie Ihre eigene Seite ansprechend und funktionsicher gestalten. FOTO: ISTOCK

Gute Anbieter für Ihren eigenen Web-Auftritt

Eine eigene Internetseite ist praktisch: Man kann Texte oder Fotos schnell vielen Leuten zugänglich machen, einen Verein präsentieren oder einen Shop führen. Für das Erstellen einer Website braucht es weder eine Informa-

tikexpertin noch Programmierkenntnisse. Praktisch sind sogenannte Baukastensysteme: Man sucht sich beim Anbieter eine der zahlreichen vorgefertigten Designvorlagen aus. Danach wählt man Farben, Schriften oder Bilder nach den eigenen Vorstellungen aus. Anschliessend lassen sich Elemente hinzufügen: Kontaktformulare, Umfragen, Bildergalerien und anderes.

Saldo verglich einfache Website-Baukästen und ihre Preise pro Monat. Die Anbieter mit Serverstandort Schweiz waren:

- **Swisscom:** einfache Bedienung, gute Gestaltungsmöglichkeiten. Preis: Fr. 14.90 mit 10 GB Speicherplatz und ohne Webshop, Fr. 29.90 mit 10 GB inkl. Webshop

- **Green:** Einarbeitung nötig, gute Gestaltungsmöglichkeiten. Preis: Fr. 8.90 mit 25 GB Speicherplatz, Fr. 11.90 mit 50 GB.

- **Metanet:** Einarbeitung nötig, genügende Gestaltungsmöglichkeiten. Preis: Fr. 6.70 mit 100 GB Speicherplatz.

- **Website Creator von Hostcheck:** Einarbeitung nötig, genügende Gestaltungsmöglichkeiten. Preis: Fr. 6.70 mit 100 GB Speicherplatz.

- **«Sites» von Hostpoint:** relativ einfache Bedienung und genügende Gestaltungsmöglichkeiten. Preis: Fr. 9.– mit 10 GB ohne Mailfunktion, Fr. 14.90 mit 250 GB und Mailfunktion.

Tipp: Die Systeme vor dem Kauf ausgiebig testen. Das ist – mit Ausnahme des Anbieters Metanet – bei allen kostenlos möglich. MARC MAIR-NOACK

Stiftungen und Stifte fragen – die Unia rät Minusstunden in der Berufslehre?

Ich bin 17 und mache eine Ausbildung zum Elektroniker. Weil wir in den letzten Monaten wenig Aufträge hatten, sind wir in der Produktion immer etwas früher fertig als geplant. Mein Chef sagt, dass er mir keine andere Arbeit geben könne. Er schreibt die Minusstunden auf und meint, ich könne diese dann kompensieren, wenn wir wieder mehr zu tun hätten. Ist das rechtens?

« Grundsätzlich darfst du in deiner Lehre nicht weniger arbeiten als im Lehrvertrag festgehalten. Wenn es für dich im Be-



Julius Kopp, Jugendsekretär.

trieb tatsächlich nichts mehr zu tun gibt, kannst du deinen Chef fragen, ob du die verbleibende Zeit dafür verwenden dürftest, deine Hausaufgaben für die Schule zu machen. Lehnt er dies ab, rate ich dir, dich bei deiner Gewerkschaft oder aber deiner Ausbildungsberaterin beim kantonalen Berufsbildungsamt zu melden und deine nächsten Schritte zu prüfen. In jedem Fall gilt, dass du bis zu deinem 18. Geburtstag unter keinen Umständen zu mehr als neun Stunden Arbeit pro Tag verdornt werden darfst – auch nicht, um allfällige Minusstunden aufzuarbeiten. »

Hast auch du eine Frage an den Unia-Jugendsekretär? Schreib an lehre@unia.ch

workrätsel

3 Coop-Gutscheine à je Fr.100.– zu gewinnen!



Die Gutscheine können bei Coop sowie Unternehmen der Coop-Gruppe eingelöst werden.

Coop Rechtsschutz wünscht Ihnen einen guten Einkauf!

coop rechtsschutz
einfach anders.

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 5
Das Lösungswort lautet: **FRIEDENSTAUBE**



DEN PREIS, eine Übernachtung für zwei Personen im See- und Seminarhotel FloraAlpina in Vitznau LU, hat gewonnen: Kurt Gruber, St. Niklaus VS. Herzlichen Glückwunsch!

augen-fällig, offen-sichtlich			Stadt in der Toscana	Weinbau-stadt im Piemont	... respek-tieren		feierl. Gelübde	modern, populär	Aktie (engl.)	auf diese Weise, derart	männl. Ente		europ. Fluss		an dieser Sache	TV-Collie	helles engl. Bier	schweiz. Partei
Abk.: Kinder-tages-stätte					ziehen, zerren								EU-Care-...					
frz. Artikel			Ankerwinde		Fabelwesen								besondere Geistes-grösse		Bergweide			3
gutes Benehmen				12			kurz für das		abge-laichte Heringe		sehr enge Strasse							Klänge, Geräusche
	9				Vogel, Aas-fresser		... jetzt!			7				festl. Abend-essen		Durch-gang, Durch-fuhr		
ugs.: Stadt-präsi-dent		Spuren-element		Getüm-mel								schäd-l. Compu-terpro-gramme	gleich-falls		5			
Gewürz-knospen					11		schweiz. Nutzfahr-zeug-verband		hoch im Preis, kost-spielig		beweg-liche Sturz-helmteile							
				Zell-verband		Schlag-ader							4	Farb-gebung		einge-schaltet		
Form des Aus-drucks	reiche Gesell-schaft		weibl. Ziegen					1			Fluss durch Bad Ragaz		Frucht-samen Mz.					
alle ohne Aus-nahme (männl.)					Trium-phe		Wetter-sendung auf SRF		hohe Män-ner-sing-stimme						2	Saiten-instru-ment		Muschel-produkt
			Schlepp-anker		Ort mit Flug-platz im Kt. GR							natürl. Zeitab-schnitte		modern, an-gesagt				8
best. Artikel (4. Fall)	geringer, seltener								internat. Autoren-verband		rotes Garten-gemüse							
Hoch-sprung-gerät				6	kurz für: an dem		kurz für: in dem		Animati-ons-film-studio				10	Kreis-berechnungs-zahl		männl. Fürwort		
... Krieg!	han-delnd ant-worten											Europa-...						
				Merkt-zettel					Ordnung v. Lebe-wesen									

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Lösungswort einsenden an: **work**, Postfach, 3000 Bern 16, oder per **E-Mail: verlag@workzeitung.ch**
Einsendeschluss **8. April 2022**

INSERAT

Am 12. Mai ist Tag der Pflege – Die Zeit drängt

In verschiedenen Regionen organisiert die Unia Aktionen für eine rasche Umsetzung der Pflegeinitiative. Sei dabei!

Genug Zeit für ALLE Patientinnen und Patienten bei:
- anständigem Lohn
- mehr Erziehungszeit
- besseren Ausbildungsbedingungen

Die Finanzierung des Gesundheitswesens muss neu aufgelegt werden. Keine Geschäfte mit unserer Gesundheit.

Wir sind essentiell. Wichtig für die Gesellschaft.

Weitere Infos und Anmeldung:
unia.ch/tag-der-pflege

UNIA

WORKLESERFOTO



Amselhafter Durst

WANN 13. März 2022
WO Bahnhof in Burgdorf
WAS Amsel am Brunnen
Eingesandt von Alfred Winkler, Burgdorf BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie **100 Franken!** Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



Lohndumping am Ceneri: Schlag gegen Italiens Gleisbau-Mafia
Baut die 'Ndrangheta auch für die SBB?

Am Monte Ceneri platze 2019 einer der grössten Lohndumpingskandale der Schweiz. Seither ermittelt die Tessiner Staatsanwaltschaft gegen den Gleisbaukonzern GCF. Jetzt doppelt die Mailänder Anti-Mafia-Behörde nach – und wie!

LONGHAILO AM BANCONIEN
 Ihre Gleisbaufirma ist im Zentrum der Ermittlungen. Doch wie viele Kollegen sind auch in den letzten Jahren in Beschaffungsfehler investiert. Ich für meinen Teil würde mich auf jeden Fall kein bisschen sicherer fühlen, hätte die Schweizer Armee mehr Geld.

WORK 5 / 18.3.2022:
BAUT DIE 'NDRANGHETA AUCH FÜR DIE SBB?

Solche Firmen gehören verboten

Frechheit so was! Solchen Firmen sollte man in der Schweiz die Betriebserlaubnis entziehen und das Vermögen beschlagnahmen
MARIO DE MAIO, VIA FACEBOOK

Leider erwartbar

Traurig, aber nicht ganz verwunderlich.
FRITZ NEBIKER, VIA FACEBOOK

Was genau tun die SBB?

Wieso schauen die SBB nicht genauer hin, wer zu welchen Konditionen baut? Und was heisst, die SBB seien «grundsätzlich verpflichtet» (SBB-Sprecher), die Verträge einzuhalten? Gilt das auch, wenn ein Vertragspartner den Arbeitern die Löhne klaut?

ALBRECHT MÜLLER, PER MAIL

WORK 5 / 18.3.2022:
«JEDER UND JEDE LEIDET, JEDEN TAG!»

Beeindruckende Menschen

Ich wusste gar nicht, dass die Unia so viele Mitglieder aus der Ukraine und aus Russland hat. Schön, dass einige von ihnen im work zu Wort kommen! Auch wenn der Anlass dazu tragischer nicht sein könnte. Was diese Menschen sagen, hat mich sehr beeindruckt.

BRIGITTE ARNOLD, PER MAIL

WORK 5 / 18.3.2022:
«RÜCKWÄRTS VORAN IN DEN KALTEN KRIEG»

Nicht sicherer

Endlich bringt mal jemand die Fakten auf den Tisch: Die Schweizer Armee hat genug Geld, nur hat sie das Geld in den letzten Jahren in Beschaffungsfehler investiert. Ich für meinen Teil würde mich auf jeden Fall kein bisschen sicherer fühlen, hätte die Schweizer Armee mehr Geld.

HANS KLEIN, PER MAIL

Einfache Gleichung

Es ist einfach unglaublich, dass jetzt fast die halbe Welt nach mehr Armeebudget schreit und auch noch Zustimmung erhält. Dabei wäre die Gleichung doch ebenso einfach wie schnell gemacht: mehr Waffen = mehr Krieg; weniger Waffen = mehr Frieden.

MARKUS HAUSER, PER MAIL

WORK 5 / 18.3.2022:
MEHR KITAS, ABER BEZAHLBARE

Gesellschaft in den Kinderschuhen

Die Kita-Initiative mag ja berechtigte Anliegen auf dem Programm haben. Aber dass eine solche Initiative in der Schweiz 2022 lanciert werden muss, zeigt einmal mehr, wo dieses reiche Land gesellschaftspolitisch noch immer steckt: nämlich in den Kinderschuhen!

ELENA ZELAYA, PER MAIL

WORK 4 / 4.3.2022:
16-STUNDEN-TAGE UND 67-STUNDEN-WOCHE

So geht das nicht!

Das ist unglaublich. Ein weiterer Schritt, um die Schere weiter zu öffnen. So geht es nicht!

MARTIN GEISSER, VIA WORKZEITUNG.CH

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an **redaktion@workzeitung.ch** oder an **work Redaktion Leserbrief, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern**

INSERAT

CARITAS Caritas Schweiz Caritas Svizzera Caritas Romania





Jetzt mit TWINT spenden!

Das Richtige tun



Wenn der Motor läuft, ist **Markus Kümin** (59) happy

«Jeder Länderchef bekam eine eigene Limousine»

Prinzessinnen, Blutproben, Banker und sogar Verstorbene – Markus Kümin hat in seinen 30 Jahren als Chauffeur schon fast alles und alle transportiert.

CHRISTIAN EGG | FOTOS STEFAN BOHRER

Das Autofahr-Virus packte Markus Kümin, noch bevor er den Fahrausweis hatte. Als KV-Lehrling in einer Speditionsfirma habe er immer die Lastwagenchauffeure bewundert, sagt er. Besonders beim Rückwärtsfahren mit Anhänger: «Diese Präzision, wenn einer so ein Riesending zentimetergenau an die Rampe stellt!»

Irgendwann war er, nur vom Zuschauen, sicher: Das kann ich auch. Im Zollfreilager stand er jeweils mit den Papieren daneben und wartete, bis die Profis einparkiert hatten. Als einer Mühe hatte, konnte Kümin, damals 17 Jahre alt, nicht mehr aufs Maul hocken. Nach dem sechsten erfolglosen Versuch rief er dem Chauffeur zu: «Das kann doch nicht so schwer sein!» Worauf der zurückgab: «Weisch was? Mach's selber!»

Mit zittrigen Händen stieg Kümin in den Lastwagen. Und schaffte, was ihm keiner zugetraut hätte: «Nach dem zweiten Versuch stand der Anhänger genau dort, wo er sein musste.» Die Genugtuung und den Stolz von damals spürt er heute noch.

GROSSE FREIHEIT. Sein ganzes Berufsleben hatte Kümin mit dem Transport zu tun. Die meiste Zeit davon war er Taxifahrer in Basel. Eigentlich ein sehr schöner Job, sagt er, vor allem wegen der grossen Freiheit: «Ich entscheide selber, wann ich einen Kafi trinke und wann ich Mittagspause mache.» Aber der Verdienst sei eine reine Katastrophe: kein fester Lohn, nur Umsatzbeteiligung.

Das heisst: keine Kundschaft, kein Einkommen. Irgendwann wollte er es genau wissen und trug täglich Arbeitszeit und Verdienst in eine Excel-Tabelle ein. Nach einem Jahr das niederschmetternde Resultat: «Mein Durchschnittsstundenlohn lag bei nur 16 Franken 50.» Das habe knapp zum Überleben gereicht, aber nicht für einen Restaurantbesuch oder gar Ferien.

STRESS PUR. Ab und zu hatte er die Nase voll davon und nahm andere Stellen an, etwa das Überführen von Verstorbenen nach Italien für ein Bestattungsunternehmen. Oder er jobbte als Spediteur. «Da verdiente ich deutlich besser, aber es war Stress pur. Und einen Herzinfarkt wollte ich mir nicht antun.» Drei Jahre war er Tramchauffeur bei den Basler Verkehrsbetrieben. Als der Regierungsrat de facto die Arbeitszeit für das Fahrpersonal verlängern wollte, organisierte Kümin, damals VPOD-Mitglied, den Widerstand. Fuhr an seinen freien Tagen von Endstation zu Endstation und sprach mit Kolleginnen und Kollegen. Und siehe da: 1995 gab es eine Protestpause, an der alle mitmachten. «Eine Stunde lang fuhr in Basel kein Tram mehr.» Mit dem Resultat, dass der Regierungsrat dem Fahrpersonal auf halbem Weg entgegenkam und die Zeitschrift nur zur Hälfte abgeschafft wurde.

Seinen Traumjob aber fand Kümin ein paar Jahre später: VIP-Chauffeur. Er arbeitete als Selbständiger für verschiedene Limousinen-Dienste. Und das klappte super: Sein Tarif war 30 Franken pro Stunde. Gemessen am Preis, den die Firmen bei den Kundinnen und Kunden verlangen konnten, war das günstig. Aber «super» im Vergleich zu den 16.50 als Taxichauffeur, sagt Kümin und grinst: «Und ich hatte erst noch die dicksten Karren unter dem Füßli.»



WERTVOLLE FRACHT: Unterwegs mit Operationsbesteck, Medikamenten und Blutproben für das Kantonsspital Baselland.

Jeder Tag sei eine Überraschung gewesen, schwärmt Kümin: «Das ging von «Fahr diesen Firmenchef nach Zürich» bis hin zu «Pack einen Koffer, ein Tabakkonzern zieht 25 Länderchefs für zwei Wochen in Montreux zusammen, und jeder bekommt eine eigene Limousine.» Er war Fahrer für Staatspräsidenten, arabische Prinzessinnen und immer wieder für Kundenberater der grossen Finanzkonzerne. Die hätten oft ihre Geschäfte während der Fahrt abgewickelt: «Dass Syngenta an die Chinesen verkauft wird, wusste ich, lange bevor es in der Zeitung stand.» Aber klar: Der Chauffeur ist zu absoluter Diskretion verpflichtet.

2008 kam die Finanzkrise. Die Banker und CEO trauten sich nicht mehr, mit den protzigen Limousinen herumzufahren. Und Kümin hatte von einer Woche auf die andere keine Aufträge mehr. Also fuhr er wieder Taxi.

Im Februar 2020 schmiss Kümin seinen Job als stellvertretender Chef einer Taxizentrale hin. Er wollte wieder zurück ins Taxi, aber wegen Corona ging das nicht.

Plötzlich war er arbeitslos, mit 57 Jahren. Kassierte Absage um Absage. «Da bekam ich Angst: Lande ich bald in der Sozialhilfe?» Nach sieben langen Monaten atmete er auf: Er fand einen Job als Chauffeur bei der Firma Citytrans. Jetzt transportiert er Medikamente, Operationsbesteck und Blutproben fürs Kantonsspital Baselland. Für einen Stundenlohn von 21 Franken 43 brutto, plus Zuschläge für Ferien und Feiertage. Das sei leider branchenüblich, sagt Kümin. Aber besser als stempeln. Und besser, als im Taxi vergeblich auf Kundschaft zu warten. Denn eins sei klar, sagt der Chauffeur mit Wehmut: «Die Branche ist mittlerweile so am Boden, dass ich es mir nicht mehr leisten kann, Taxi zu fahren.»

Wenige Tage nach dem Treffen mit work wendet sich das Blatt: «Kann man den Text noch ändern?» fragt der Chauffeur atemlos am Telefon. Er habe einen neuen Job! Und zwar wieder als VIP-Chauffeur. «Das wird wie früher, als ich keine Ahnung hatte, was mir der Tag bringen wird. Ich könnte die ganze Welt umarmen!»

MARKUS KÜMIN

TAXI-TÄNZER

Auch in der Freizeit sass und sitzt Markus Kümin gern am Steuer. In jungen Jahren fuhr er Rally und Autorennen – «bis meinem Toyota Celica bei 180 km/h die Vorderachse brach und er sich sechsmal überschlug». Später war er Ballon-Nachfahrer – also der Helfer, der einen Heissluftballon nach der Landung wieder abholt. «Mit dem Jeep auf einer Route, die der Ballon vorgab, das machte mir viel mehr Spass als in der Luft», sagt er.

HUPKONZERT. Eine grosse Leidenschaft ist das Tanzen. Er beherrscht alle Standard- und Latin-Tänze und noch ein paar mehr, gab auch Kurse. Und verdiente sogar gutes Geld als Taxi-Tänzer. «Dem sagt man wirklich so», sagt Kümin und lacht. Im Auftrag des Veranstalters tanzte er zwei Jahre lang jeden Mittwochabend mit den weiblichen Gästen. Für drei Stunden gab's jeweils 90 Franken. Kümin lebt mit seiner Partnerin in Riehen BS und ist aktives Unia-Mitglied. Eindrücklich sei etwa 2016 die grosse Taxi-Demo gegen Über in Basel gewesen, mit 140 Fahrzeugen. Kümin: «Mehrere Kollegen haben an dem Tag ihre Hupe so stark beansprucht, dass sie kaputtging.»

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach, 3000 Bern 16 **Telefon Verlag und Redaktion** 031.350.24.18 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch
Redaktion Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau (Digitalredaktorin), patriciadincau@workzeitung.ch; **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Heiner Flassbeck, Martin Jakob, Andreas Rieger, Michael Stötzel, Clemens Studer, Friederike Spiecker, Jean Ziegler, Andreas Zumach **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektorat** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold **Sekretariat** Fabienne Jallily (Di, Mi, Fr vormittag), verlag@workzeitung.ch
Anzeigenmarketing Fabienne Jallily, Telefon 031.350.24.18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031.350.24.18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 69.344 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.